

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

ALLGEMEINE STATISTIK DES AUSLANDES

Länderkurzberichte

POLEN

1969



Bestellnummer : 130300 - 690039

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung	3
Karten	4
Staats- und Verwaltungsaufbau	6
Erläuterungen zum Tabellenteil	7
Tabellen	
Klimadaten	13
Gebiet und Bevölkerung	13
Gesundheitswesen	15
Bildungswesen	16
Erwerbstätigkeit	17
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	18
Produzierendes Gewerbe	21
Außenhandel	23
Verkehr	25
Fremdenverkehr	26
Geld und Kredit	27
Öffentliche Finanzen	28
Preise und Löhne	28
Sozialprodukt	30
Wirtschaftsplanung	32
Bilaterale Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland	33
Quellenhinweise	34

A b k ü r z u n g e n

g = Gramm	Zl = Zloty
kg = Kilogramm	US-\$ = US-Dollar
dz = Doppelzentner	DM = Deutsche Mark
t = Tonne	Std = Stunde
mm = Millimeter	kW = Kilowatt
m = Meter	MW = Megawatt
km = Kilometer	kWh = Kilowattstunde
qm = Quadratmeter	St = Stück
ha = Hektar	Mill. = Million
qkm = Quadratkilometer	Mrd. = Milliarde
l = Liter	JA = Jahresanfang
hl = Hektoliter	JM = Jahresmitte
cbm = Kubikmeter	JE = Jahresende
tkm = Tonnenkilometer	D = Durchschnitt bei nicht addierbaren Größen
BRT = Bruttoregistertonne	RGW = Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ("Comecon")
NRT = Nettoregistertonne	

Z e i c h e n e r k l ä r u n g

- = nichts vorhanden
- O = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann
- . = kein Nachweis vorhanden
- | = grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt

Vorläufige, berichtigte und geschätzte Zahlen werden, abgesehen von Ausnahmefällen, nicht als solche gekennzeichnet. Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Bearbeitung abgeschlossen im Oktober 1969

Erschienen im Oktober 1969

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Preis: DM 1,-

V o r b e m e r k u n g

Die in der Reihe "Allgemeine Statistik des Auslandes" erscheinenden "Länderkurzberichte" enthalten eine knappe Zusammenstellung von statistischen Angaben über die demographische und insbesondere wirtschaftliche Struktur und Entwicklung einzelner Länder. In Zielsetzung und Inhalt unterscheiden sie sich von den in der gleichen Reihe veröffentlichten umfassenden "Länderberichten" insbesondere durch eine straffere Auswahl des statistischen Zahlenmaterials und die dadurch ermöglichte aktuellere Berichterstattung. Gegenüber den "Internationalen Monatszahlen" erlauben sie unter Verzicht auf regionale Vergleiche die sachliche Erweiterung der Berichterstattung sowie eine kontinuierliche Bearbeitung nicht nur ausgewählter, sondern fast aller Länder.

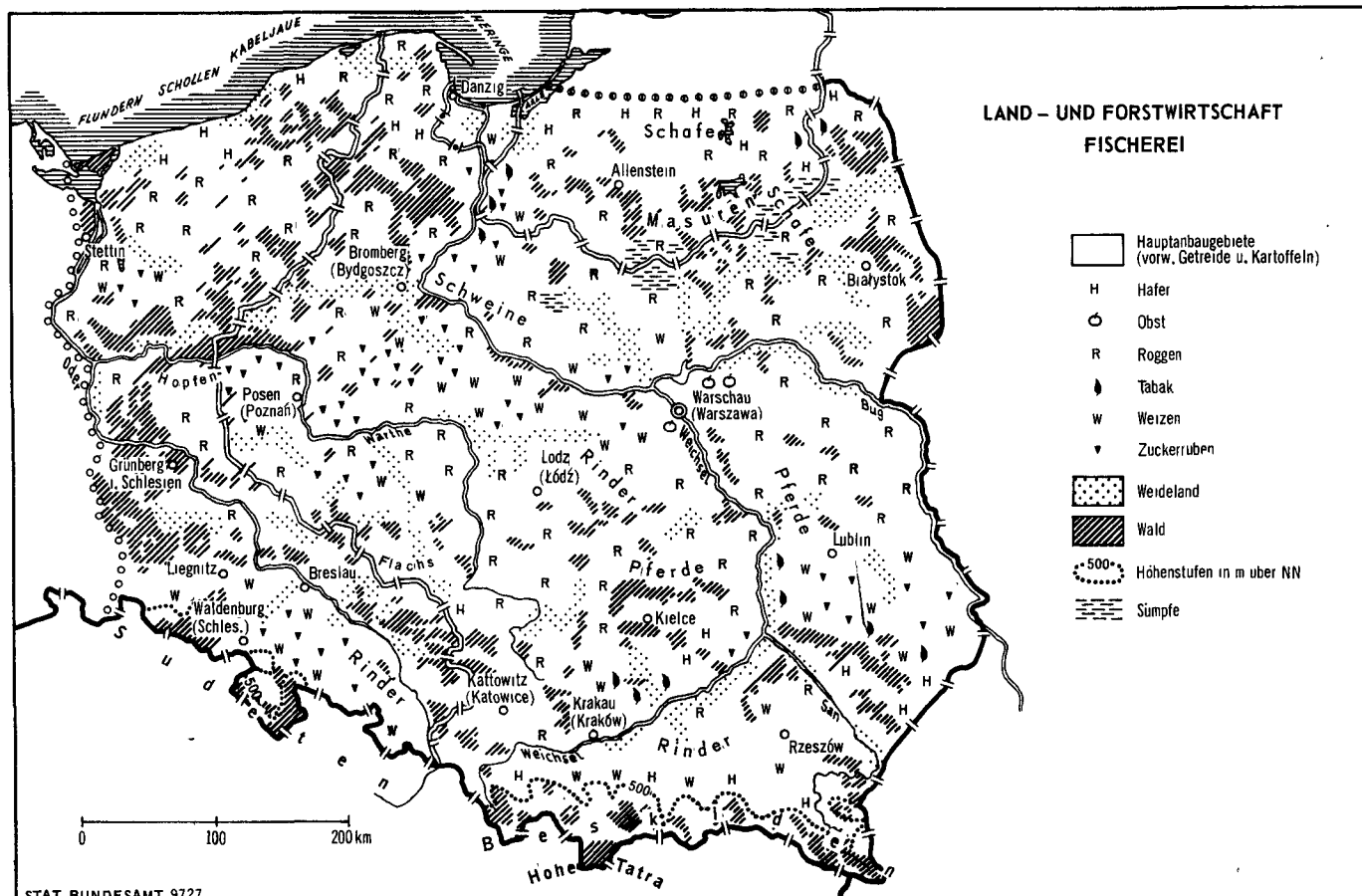
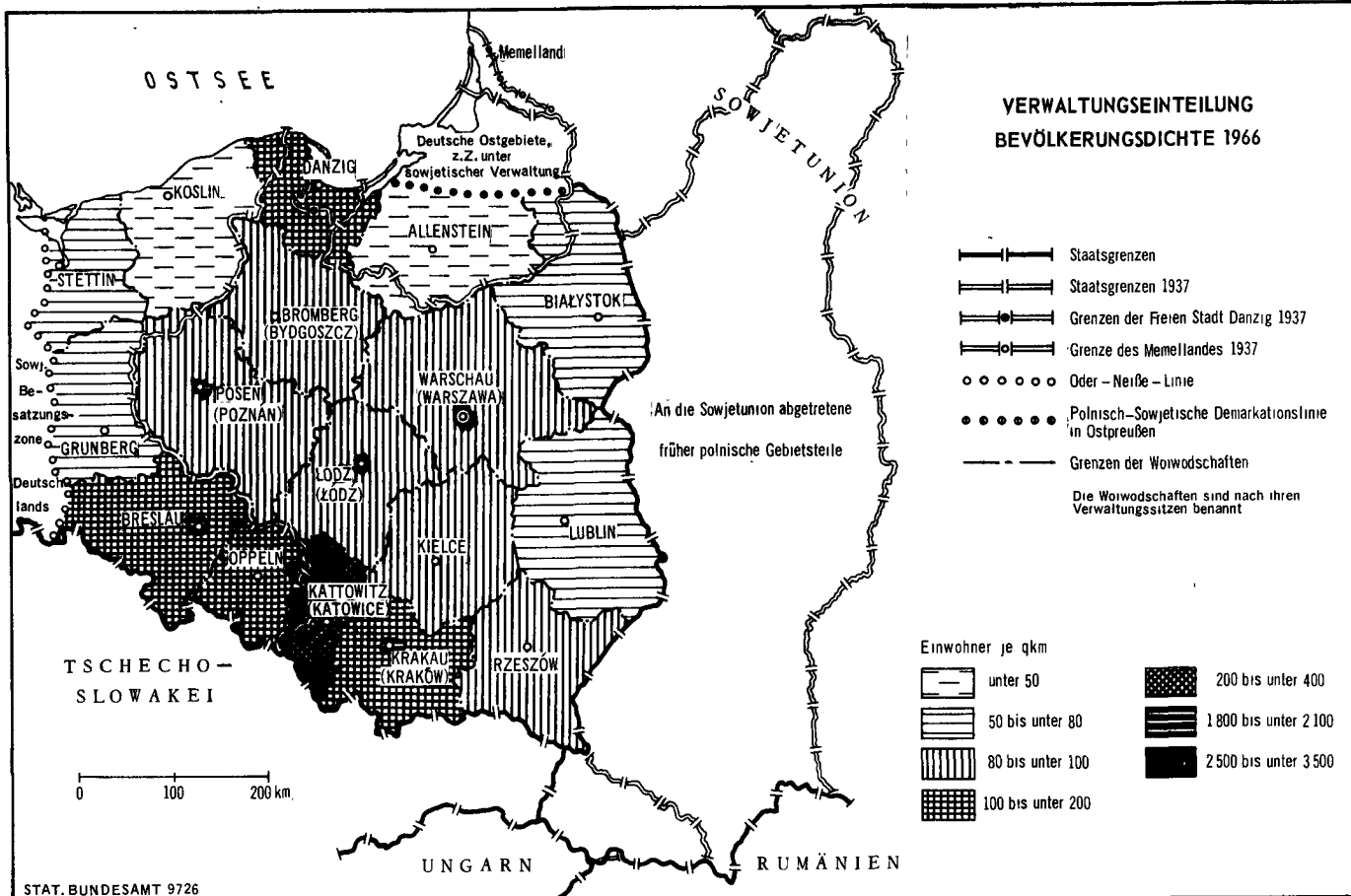
Als Quellen für die Zusammenstellung dienen die statistischen Veröffentlichungen sowohl der betreffenden Länder als auch der internationalen Organisationen. Die wichtigsten nationalen Quellen sind am Schluß dieses Berichtes angegeben, während die Kenntnis der einschlägigen internationalen Quellenwerke vorausgesetzt wird. Es werden jeweils die neuesten vorliegenden Zahlen nachgewiesen.

Bei den Statistiken der sozialistisch-kommunistischen Länder ist zu beachten, daß sie weitgehend durch das dort herrschende Wirtschaftssystem bedingt sind. Sie beruhen nur in Ausnahmefällen auf statistischen Erhebungen und fallen in der Regel als Nebenprodukt der Planabrechnung an.

Die Andersartigkeit der Statistiken und der Veröffentlichungspraxis tritt auf vielen Sachgebieten, besonders im Bereich der Preise und Löhne, des Geld-, Kredit- und Finanzwesens, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Zahlungsbilanzen deutlich in Erscheinung. Fehlende oder ungenügende Erläuterungen der verwendeten Begriffe und Methoden, in die ein Einblick z. T. nur unzureichend möglich ist, erschweren oft eine sachgerechte Bewertung des Zahlenmaterials.

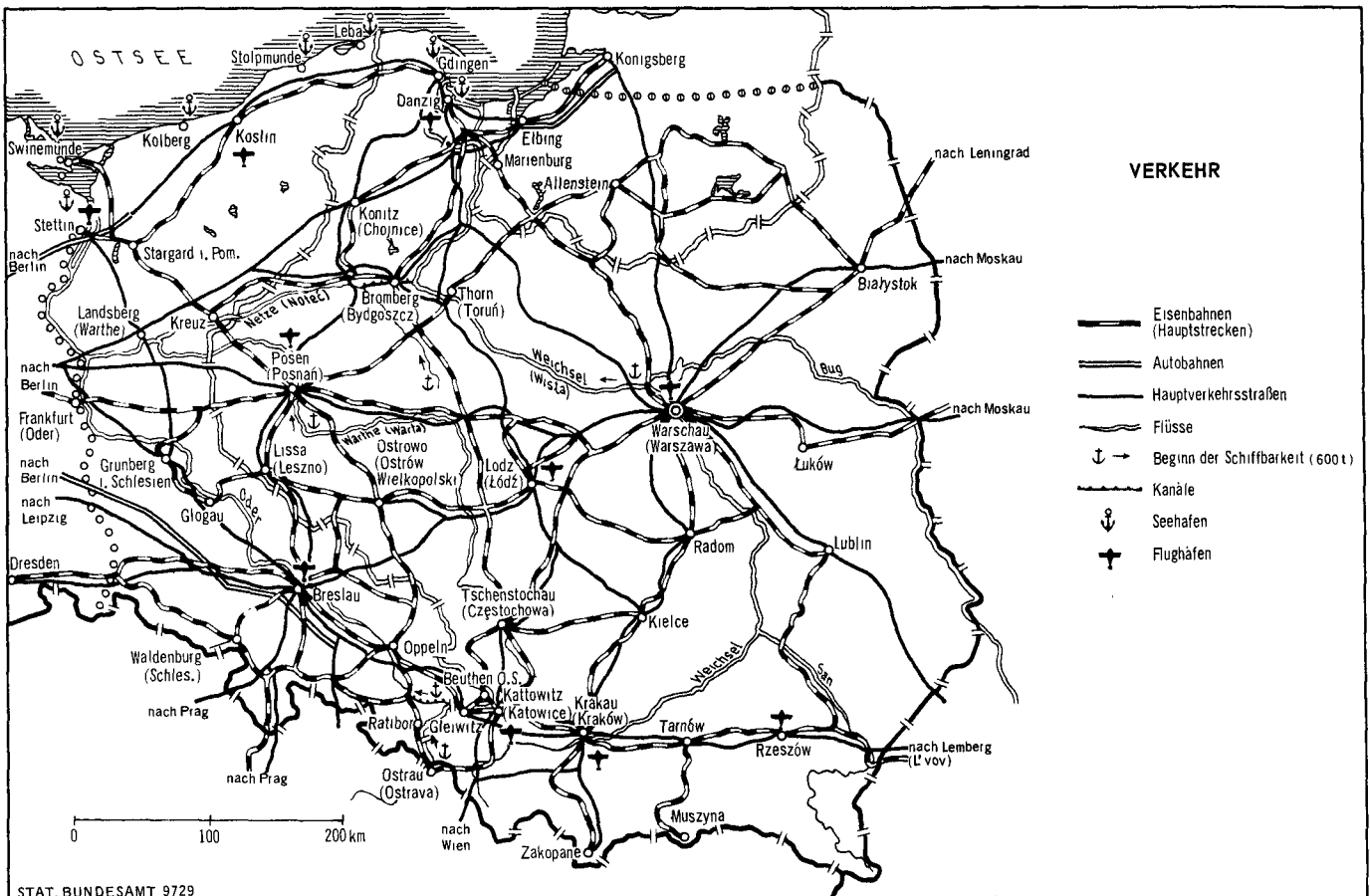
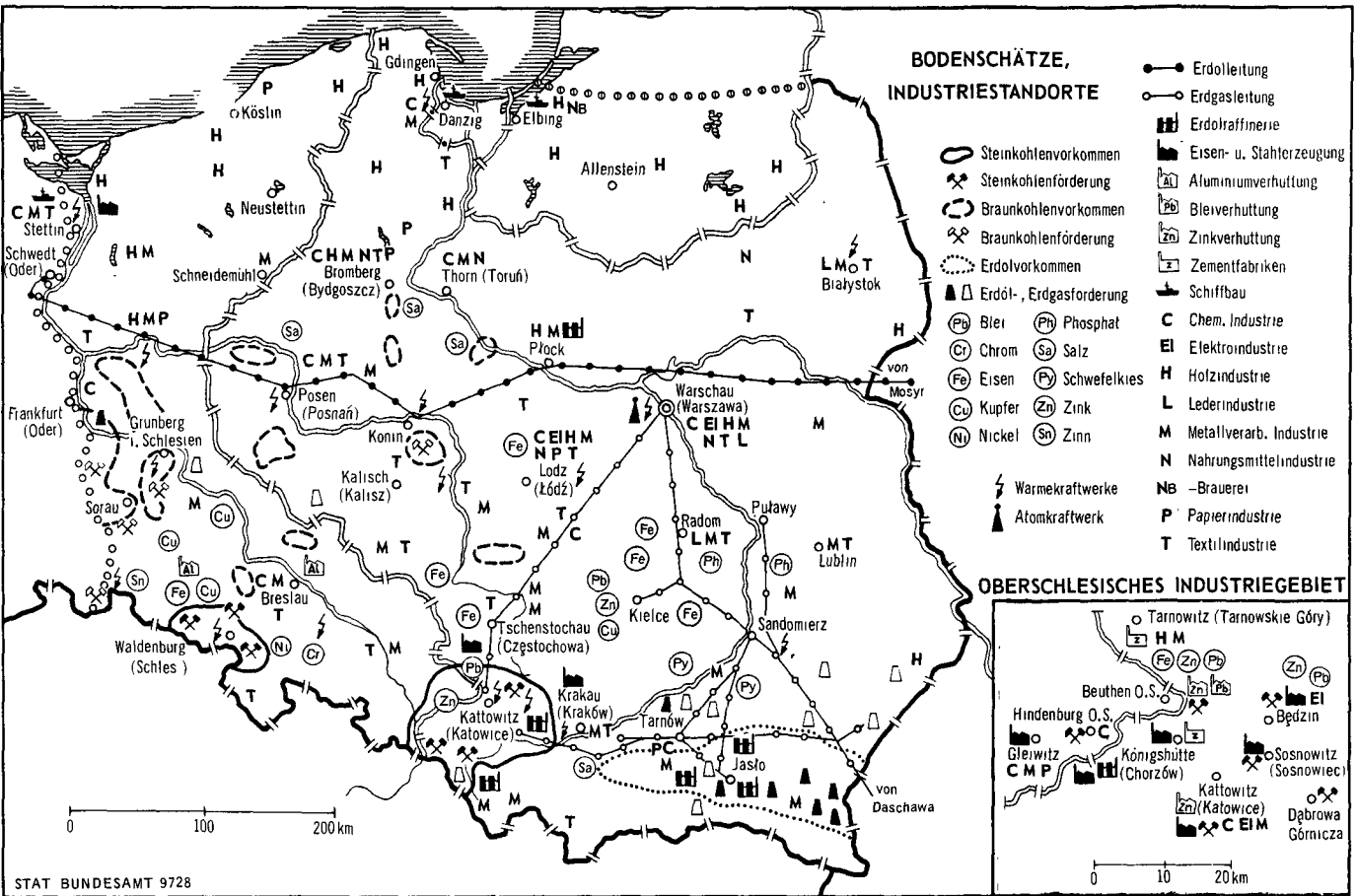
Denjenigen Benutzern, die das Zahlenmaterial in tieferer sachlicher oder zeitlicher Gliederung benötigen oder die sich über Methodenfragen eingehender informieren wollen, stehen im Statistischen Bundesamt die Originalveröffentlichungen und der Auskunftsdienst zur Verfügung.

POLEN



Karten: Statistisches Bundesamt unter Mitarbeit des Instituts für Landeskunde

POLEN



Staats- und Verwaltungsaufbau

Nach der Verfassung vom 22. Juli 1952 ist Polen eine Volksrepublik (Polska Rzeczpospolita Ludowa). Die Verfassung ist in den Jahren 1954 und 1957 geändert worden.

Die Anfänge der polnischen Staatsbildung reichen in das 8. Jahrhundert zurück. Mit der Christianisierung erfolgte um 960 unter Herzog Mieszko I. der Aufbau des Piastenreiches, das die Gebiete an der mittleren Weichsel und Warthe umfaßte und zeitweilig Schlesien sowie die Oberhoheit über Pommern gewann. Bolesław I. wird 1025 König von Polen. Die Zersplitterung in Teilfürstentümer führte seit dem 12. Jahrhundert zur Schwächung des Reiches. Häufige Gebietsveränderungen, bedingt durch das Fehlen natürlicher Grenzen und durch Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern, kennzeichnen die historische Entwicklung in den folgenden Jahrhunderten. Während im Westen und Norden weite Gebiete deutsch werden, dehnt sich das polnisch-litauische Großreich unter der Jagiellonen-Dynastie im 15. Jahrhundert von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aus. Im 17. und 18. Jahrhundert wird Polen zum Objekt der Interessenpolitik europäischer Großmächte. Zwischen 1772, 1793 und 1795 wurde das Land unter Rußland, Österreich und Preußen aufgeteilt und verblieb, ungeachtet vieler Aufstände und politischer Lösungsversuche, bis zum ersten Weltkrieg unter der Herrschaft dieser Staaten.

Am 11. November 1918 wurde die polnische Republik ausgerufen. Durch den Friedensvertrag von Versailles erhielt Polen 1919 den größten Teil der Provinzen Westpreußen ("Polnischer Korridor") und Posen sowie einen Teil des oberschlesischen Industriegebiets zugesprochen. Dazu kamen von Österreich Galizien und ein Teil des Teschener Gebietes. In der selbständig werdenden "Freien Stadt Danzig" erhielt Polen Sonderrechte. Über die als Ostgrenze vorgeschlagene "Curzon-Linie" wurde keine Einigung erzielt. Erst nach einem Krieg zwischen Polen und der Sowjetunion setzte der Frieden von Riga am 18. März 1921 eine neue Grenze, die das Wilna-Gebiet, Polesien, Wolhynien und Ostgalizien zu Polen brachte. Nach einem Staatsstreich am 12. Mai 1926 wurde Piłsudski Staatspräsident, während Marschall Piłsudski als Kriegsminister die Macht ausübte und 1935 eine neue autoritäre Verfassung erließ.

Am 1. September 1939 begann mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen der zweite Weltkrieg. Das deutsche Reich nahm die 1919 abgetretenen Gebiete zurück und errichtete in Innerpolen ein "Generalgouvernement", dem 1941 auch Ostgalizien und Białystok angeschlossen wurden. Die ostpolnischen Gebiete besetzte die Sowjetunion und schloß sie den Unionsrepubliken Litauen, Weißrußland und Ukraine an. Im Krieg gegen die Sowjetunion besetzte Deutschland 1941 ganz Polen. In London etablierte sich eine polnische Exilregierung. Seit 1939 waren Widerstandsbewegungen, die "Landesarmee" (Armia Krajowa) und die kommunistische "Volksarmee", im Lande tätig. Nach dem Warschauer Aufstand (1. August bis 2. Oktober 1944) bildete sich in Lublin ein von der Sowjetregierung unterstütztes provisorisches "Polnisches Komitee der nationalen Befreiung", das im Dezember 1944 in eine vorläufige Regierung umgewandelt und nach Kriegsende, durch Mitglieder der Exilregierung ergänzt, als "Regierung der nationalen Einheit" unter Mikołajczyk von den Großmächten anerkannt wurde. Sie verzichtete zugunsten der Sowjetunion auf die ostpolnischen Gebiete und erhielt dafür die Verwaltungshoheit über den größten Teil Ostdeutschlands (rd. ein Drittel des gegenwärtigen polnischen Staatsgebiets). Die Ostgrenze wurde weitgehend entsprechend der "Curzon-Linie" von 1918 gezogen. Die endgültige Festlegung der Westgrenze ist durch das Potsdamer Abkommen einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten, doch wird die Oder-Neiße-Linie von Polen und den anderen sozialistisch-kommunistischen Staaten als völkerrechtlich gültige Grenze angesehen.

Bei Wahlen im Januar 1947 entfielen von 12,7 Mill. abgegebenen Stimmen 9 Mill. auf den kommunistisch beherrschten "Demokratischen Block". Die sozialistische und die kommunistische Partei wurden 1948 zur "Polni-

schen Vereinigten Arbeiterpartei" verschmolzen. Alle Parteien wurden der kommunistisch kontrollierten "Nationalen Einheitsfront" angeschlossen, die bürgerlichen Politiker verloren ihren Einfluß. Staatspräsident Bolesław Bierut hob die Verfassung von 1921 auf und bildete eine "volksdemokratische" Regierung unter Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz. Innenpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten führten Mitte 1956 zu politischen Reformen; das Zentralkomitee der "Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" (PVAP) wählte Władysław Gomułka zum Ersten Parteisekretär. Die oberste Staatsgewalt wird de facto vom Politbüro der PVAP ausgeübt.

Die Funktion des Staatsoberhauptes erfüllt ein vom Parlament gewählter, aus 15 Mitgliedern bestehender Staatsrat (Rada Państwowa) bzw. dessen Präsident. Oberstes gesetzgebendes Organ ist der Sejm, ein Einkammerparlament, das nach Einheitslisten der Nationalen Front allgemein und direkt auf vier Jahre gewählt wird. Die Abgeordneten des Sejms wählen die 15 Mitglieder des Staatsrats. Präsident des Staatsrats ist seit April 1968 Marschall Marian Spychalski. An der Spitze des vom Staatsrat berufenen Ministerrats steht als Regierungschef seit 1954 Józef Cyrankiewicz. Der Staatsrat ordnet die Parlamentswahlen an und beruft den Sejm ein. Er hat das Recht, Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen, ernennt die Beamten und Offiziere und beauftragt die Volksräte. Zu den wichtigsten Aufgaben des Sejms gehört die Verabschiedung der staatlichen Wirtschaftspläne und des Staatshaushalts. Das aktive Wahlrecht erlangt jeder Bürger mit Vollendung des 18., das passive mit Vollendung des 21. Lebensjahres. In der "Front der Nationalen Einheit" sind neben der PVAP (November 1968: 2 Mill. Mitglieder und Kandidaten) auch die "Vereinigte Bauernpartei" (ZSL) und die "Demokratische Partei" (SD) zusammengeschlossen. Nach den Wahlen vom 30. Mai 1965 verteilten sich die 460 Parlamentssitze wie folgt: PVAP 255, ZSL 117, SD 39 und Unabhängige 49 Sitze (darunter die "Znakgruppe" 5, "Fortschrittliche katholische Pax-Bewegung" 5, "Christlich-soziale Gesellschaft" 3). Bei den am 1. Juni 1969 abgehaltenen Wahlen haben sich keine nennenswerten Änderungen ergeben (innerhalb der unabhängigen Gruppen Verschiebung um ein Mandat).

Die Verwaltung gliedert das Land in 17 Provinzen oder Woiwodschaften und fünf diesen gleichgeordnete Städte, ferner in 74 Stadt- und 322 Landkreise ("Powiaty" bzw. "Miasta") sowie in Städte und Landgemeinden (Gromada), die meist mehrere Dörfer umfassen. Als örtliche und regionale Vertretungskörperschaften bestehen "Volksräte", die nach dem gleichen Verfahren wie das Parlament gewählt werden; sie unterstehen der Aufsicht des jeweils übergeordneten Rates. In der heutigen Verwaltungsgliederung wird kein Unterschied zwischen Innerpolen und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten gemacht; die Woiwodschaftsgrenzen stimmen mit den alten Provinzgrenzen nur selten überein. Der vorliegende Länderkurzbericht bezieht sich daher auf das polnische Staats- und Verwaltungsgebiet in seinen gegenwärtigen Grenzen.

Das 1932 einheitlich kodifizierte Recht wurde um 1950 nach sowjetischem Vorbild umgestaltet. Höchstes Organ der Rechtsprechung ist der Oberste Gerichtshof, der zugleich Kassationsgericht und Revisionsgericht für die Woiwodschaften ist. Seine Richter werden vom Staatsrat auf die Dauer von fünf Jahren ernannt. Außer den nachgeordneten Woiwodschafts- und Kreisgerichten bestehen Gerichte mit besonderer Zuständigkeit wie z. B. Militär- und Sozialgerichte.

Polen ist Mitglied der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen außer der Wirtschaftskommission für Europa (ECE), der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und dem Internationalen Währungsfonds (IMF). Das Land gehört dem Warschauer Vertrag und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an und wurde am 11. September 1967 Vollmitglied des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Gebiet und Bevölkerung

Der überwiegende Teil Polens ist Flachland und bildet die östliche Fortsetzung des norddeutschen Tieflandes. Die Ostseeküste zwischen Swinemünde und dem sowjetischen Teil Ostpreußens hat eine Länge von 524 km. Fast drei Viertel des gesamten Gebiets erreichen weniger als 200 m Höhe, ein Drittel zwischen 200 und 500 m, nur etwa 3 % über 500 m Meereshöhe. Von Süden nach Norden sind mehrere Großlandschaften zu unterscheiden: die Karpaten, das Karpatenvorland, die Sudeten, die Schlesiische Bucht, das oberschlesisch-polnische Platten- und Bergland, das polnische Tiefland sowie die Pommersche und die ostpreußische (Masurische) Seenplatte.

In der bis 2 500 m (Rysy 2 499 m) ansteigenden Hohen Tatra hat Polen Anteil am Hochgebirge der Karpaten. Die Karpaten bestehen aus verschiedenen, parallel zueinander laufenden Höhenzügen, die durch Flußtäler zerschnitten sind. Nördlich der Hohen Tatra liegen die West- und Ostbeskiden. Sie gehören zur Außenzone der Karpaten (Flyschsandstein, Kalkstein). Ihre bis über 1 700 m ansteigenden Höhenzüge haben Mittelgebirgscharakter. Besonders die Ostbeskiden sind reich bewaldet. Große Formenvielfalt weist das alte Rumpfischollengebirge der Sudeten auf (Riesengebirge mit Schneekoppe, 1 602 m; Glatzer Bergland). Dem Gebirgskamm folgt der schlesisch-tschechoslowakische Grenzverlauf. Im tertiären Vorhügelland der Gebirge schließen sich nach Norden ausgedehnte Tafeln und Platten aus mesozoischen Gesteinen an, die teilweise von Moränen, Sand- und Lössschichten überdeckt sind. Das Polnische Mittelgebirge (bis über 600 m hoch) setzt sich aus einer Reihe von Höhenzügen zusammen, die etwa in nordwestlich-südöstlicher Richtung verlaufen. Östlich der Weichsel erstreckt sich bis zum Bug das bis zu 300 m hohe Lubliner Hügelland (Podolische Platte). Zwischen den Hochebenen und Platten sind Senken eingelagert. Im Osten erstreckt sich das ausgedehnte Weichsel-San-Becken. An das oberschlesisch-polnische Berg- und Hügelland schließt sich nördlich das Tiefland (im Westen das Großpolnisch-Kujawische, im Osten das Masowisch-Podlachische) an, das dem norddeutschen Tiefland entspricht. Südlich des breiten Warschau-Berliner-Urstromtals, dem die Flüsse Bug, Weichsel, Netze, Warthe und Elbe streckenweise folgen, werden weite leichtwellige Ebenen durch Niederungen gegliedert. Weiter im Norden sind zwischen den Seenplatten von nacheiszeitlichen Schmelzwässern abgelagerte Sandflächen entstanden, die mit Heide, Dünen und Wäldern bedeckt sind. Das Weichseltal trennt die westliche Pommersche von der Masurischen Seenplatte im südlichen Ostpreußen. Die Ostseeküste ist eine Ausgleichsküste mit Buchten, Nehrungen, Häfen und abgeschlossenen Strandseen. Das Gebiet Polens gehört fast gänzlich zum Einzugsgebiet der Ostsee, die wichtigsten Stromgebiete sind das der Weichsel mit Bug und Narew und das der Oder mit Warthe und Netze.

Das Klima entspricht dem Übergang vom kontinental geprägten Osteuropa (relativ trocken, warme Sommer, kalte Winter) zum ozeanisch bestimmten Klima des westlichen Mitteleuropas (Ganzjährig vorherrschende Westwinde, geringere tages- und jahreszeitliche Temperaturschwankungen). Unter dem Einfluß der wechselnden Luftmassen tritt eine Vielfalt von Wittertypen auf. Der Temperaturunterschied zwischen dem wärmsten und kältesten Monat vergrößert sich nach Osten. Die Niederschlagshöhen nehmen von Westen nach Osten ab, wobei allgemein sommerliche Niederschläge überwiegen. Die höchsten Niederschlagsmengen erhalten die Karpaten und die Sudeten (800 bis 1 500 mm im Jahr); im Landesdurchschnitt erreichen die Niederschläge etwa 600 mm.

Die Bevölkerung Polens hat infolge des zweiten Weltkrieges große Verluste (rd. 6 Mill. Menschen) erlitten. Darüber hinaus brachten die Gebietsveränderungen und Wanderungsbewegungen (Flucht, Vertreibung, Umsiedlungen) nach 1945 tiefgreifende Verschiebungen im Bevölkerungs- und Siedlungsgefüge. Im Jahre 1938 war Polen ein Vielvölkerstaat; fast ein Drittel seiner Bevölkerung gehörte nationalen Minderheiten an (dar.: Ukrainer 10 %, Weißrussen 3 %, Deutsche 2 %, Russen, Litauer u. a.); der jüdische Bevölkerungsanteil betrug 9 %. Infolge der Entwicklungen seit dem Kriege ist Polen ein Staat mit weitgehend einheitlicher Bevölkerung geworden. Von 1946 bis 1968 hat die Einwohnerzahl Polens um 8,3 Millionen zugenommen, fast ausschließlich aufgrund des natürlichen Bevölkerungszuwachses. Bis vor kurzem war es eines der geburtenreichsten Länder Europas. Die Zunahme der Bevölkerung war in den ehemals deutschen Gebieten am größten; die relativ junge, kinderreiche Schicht der Neusiedler wurde zusätzlich durch weitere Zuwanderung aus Zentralpolen und aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten verstärkt.

Der seit 1955 eingetretene Geburtenrückgang ist durch die allmähliche Normalisierung des Altersaufbaus, aber auch durch die sozialen Verhältnisse (hohe Erwerbsquote der Frauen, Wohnungsmangel, freiwillige Geburtenkontrolle) bedingt. Die rasche wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat auch die Siedlungsstruktur stark verändert. Insbesondere erhöht sich der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ständig; 1968 lebte bereits über die Hälfte der Bevölkerung in Siedlungen mit städtischem Charakter (1931 erst 27,4 %). Am dichtesten bevölkert sind die Woiwodschaften Kattowitz mit 379, Krakau mit 142 und Danzig mit 131 Einwohnern je qkm. Die von Polen besiedelten deutschen Ostgebiete (einschließlich "Freie Stadt Danzig") hatten 1967 etwa den gleichen Bevölkerungsstand wie 1939 (8,9 Mill.), wobei jedoch in Städten z. T. beträchtlich höhere Einwohnerzahlen verzeichnet wurden, während in vielen Landgebieten erst 70 bis 90 % der früheren Bevölkerungszahlen erreicht waren.

Allgemeine Amts- und Landessprache ist Polnisch.

Über die heutige Stärke der nationalen Minderheiten sind Zahlen nicht verfügbar. 1963 wurde offiziell mit insgesamt 450 000 Bürgern fremder Nationalität in Polen gerechnet (darunter 180 000 Ukrainer, 165 000 Weißrussen, 31 000 Juden, 21 000 Slowaken, 19 000 Russen, 12 000 Zigeuner, ferner Litauer, Griechen, Makedonier und Deutsche). Die Angaben über die Zahl der im Lande verbliebenen Deutschen gehen sehr stark auseinander; sie schwanken zwischen wenigen tausend und über 1 Mill., je nach der Zuordnung der seinerzeit nicht ausgesiedelten "Autochthonen" (besonders die zweisprachige Bevölkerung Oberschlesiens, Masuren). Aus diesen Gruppen kommen bis heute jährlich mehrere tausend "Spätaussiedler" nach Deutschland.

Nach der Verfassung ist die freie Religionsausübung garantiert. 95 % der Bevölkerung sind römisch-katholisch. Die orthodoxe Kirche Polens, die sich nach der russischen Revolution von Moskau getrennt und dem Patriarchen von Konstantinopel unterstellt hatte, erkennt seit 1946 erneut die geistliche Autorität des Moskauer Patriarchen an. 1967 hatte die orthodoxe Kirche 527 000 Mitglieder. Die Zahl der Protestanten, vorwiegend Lutheraner, die meist in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten leben, wird auf 120 000 geschätzt. Unter ihnen sind noch einige zehntausend Deutsche. Die Altkatholiken zählen rd. 22 000, die "Polnischen Katholiken" rd. 57 000 Anhänger. Von über 3 Mill. polnischen Juden lebten nach 1945 noch rund 200 000 im Lande, die bis auf etwa 30 000 nach Israel ausgewandert sind. Seit dem Nahostkrieg 1967 hat eine neue Auswanderungswelle eingesetzt, so daß jetzt nur noch 10 000 bis 12 000 Juden in Polen leben dürften.

Gesundheitswesen

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung hat sich seit dem zweiten Weltkrieg durch den Ausbau des staatlichen Gesundheitsdienstes und die allgemein günstigeren Lebensbedingungen sehr verbessert. Besonders stark war der Rückgang der Säuglingssterblichkeit, die 1964 noch rd. 11 % aller Todesfälle ausmachte. Im Laufe von 30 Jahren ist die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer von 48 auf 64 Jahre gestiegen, die der Frauen von 51 auf 71 Jahre. Der staatliche Gesundheitsdienst hat besonders die Krankheitsvorbeugung durch Schutzimpfungen und prophylaktische Untersuchungen entwickelt. Im Rahmen des Frauen- und Kinderschutzes besteht ein Netz von Bezirksambulatorien und Gesundheitszentren mit Beratungsstellen. Die Gewerkschaften sind in die Gesundheitspolitik eingeschaltet, indem sie ihren Mitgliedern Erholungsmöglichkeiten (Ferienheime, Hotels, Zeltplätze) für den Urlaub bereitstellen.

Ärztliche Behandlungen und Krankenhausaufenthalte sind aufgrund des Sozialversicherungsgesetzes (letzte Fassung 1958), das die Krankenversicherung einschließt, kostenfrei. Die Beiträge werden ausschließlich vom Arbeitgeber getragen; Betriebe des sozialistischen Sektors führen 15,5 % (Staatsgüter 10 %), private Arbeitgeber 30 % der Löhne und Gehälter der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer ab. Die Leistungen des Gesundheitsdienstes umfassen für alle Beschäftigten und deren Familienmitglieder unentgeltliche Betreuung, Versorgung und Geldleistungen. Für Arzneimittel müssen 30 % des normalen Preises vom Patienten übernommen werden; chronisch Kranken und Rentnern wird ein Anteil von 10 % berechnet bzw. die Selbstbeteiligung ganz erlassen. Krankengeld wird von der Sozialversicherung in Höhe von 70 bis 100 % des Einkommens für die Dauer von 26 Wochen gezahlt, je nachdem, ob der Versicherte für Familienangehörige unterhaltspflichtig ist und ob die

Behandlung zuhause, in einem Krankenhaus oder Sanatorium erfolgt. Angestellten wird während der ersten drei Krankheitsmonate das Gehalt weitergezahlt. Bei längerer Dauer der Erkrankung hat der Versicherte Anspruch auf Invalidenrente. Das Schwangeren- und Wochengeld wird während des Mutterschaftsurlaubs (12 Wochen) in voller Höhe des durchschnittlichen Verdienstes gezahlt.

Bildungswesen

Die am sowjetischen Vorbild orientierte Neuordnung des polnischen Bildungswesens von 1948 ist mit gewissen Änderungen bis heute gültig. Am 1. September 1948 wurde der obligatorische siebenjährige Grundschulbesuch eingeführt, zugleich wurden die früheren Oberschulen in vierklassige allgemeinbildende "Lyzeen" umgewandelt. Die Grundschulen, die allgemeinbildenden Oberschulen sowie der größte Teil der Berufsschulen und lehrerbildenden Anstalten unterstehen seitdem dem Ministerium für Volksbildung, das auch die Aufsicht über die übrigen Lehranstalten ausübt. Die Universitäten, technischen, landwirtschaftlichen und Wirtschaftshochschulen unterstehen dem Ministerium für Hochschulwesen. Einige andere Ministerien besitzen Weisungsbefugnisse für ihren Fachbereich; so unterstehen die medizinischen Akademien dem Gesundheitsministerium, die Akademien für bildende Künste und andere Kunstakademien dem Ministerium für Kultur und Kunst. Durch die Schulreform von 1961 ist die Schulpflicht von sieben auf acht Jahre verlängert worden; sie dauert jetzt vom siebenten bis zum 14. Lebensjahr. Religionsunterricht wird an den Schulen nicht mehr erteilt, doch können die Schüler am von kirchlichen Institutionen geführten Religionsunterricht teilnehmen. Für die nationalen Minderheiten bestehen Schulen, an denen der Unterricht in der Muttersprache erfolgt (deutsche Schulen gab es dagegen, in beschränktem Maße und in einigen Gebietsteilen, nur zwischen 1950 und 1960). An den Fach-, Berufs- und Oberschulen werden Fremdsprachen gelehrt. Seit einigen Jahren hat die deutsche Sprache an Bedeutung gewonnen; nach dem obligatorischen Russischunterricht steht sie vor Englisch und Französisch an zweiter Stelle.

Rund 40 % der Grundschulabsolventen besuchen allgemein- oder berufsbildende Oberschulen. Der Unterricht an den allgemeinbildenden Oberschulen (Lyzeen) dauert vier Jahre, an den Berufsschulen (Technika oder Fachlyzeen) je nach Fachrichtung vier bis fünf Jahre. Absolventen beider Schultypen können zum Hochschulbesuch zugelassen werden. Die Zwei- bzw. Dreijahreskurse der "berufsbildenden Oberschulen" sind Berufsfachschulen, die meist mit großen Industriebetrieben verbunden sind und den Hauptteil des Facharbeiter- und Technikernachwuchses heranbilden. Darüber hinaus unterhält die Industrie eigene Schulbauten und bildet selbst Gewerbelehrer aus, um den Bedarf an qualifizierten Kräften zu decken. Landwirtschaftliche Fachkräfte werden in einer vier- bis fünfjährigen technischen Ausbildung oder in zweijährigen Anlernschulen vorbereitet.

Nach dem Abschluß eines Lyzeums, Technikums, einer künstlerischen oder pädagogischen Oberschule ist die weitere Ausbildung über ein Hochschulstudium möglich. Die Zahl der verfügbaren Studienplätze reicht aber nur etwa für die Hälfte der Bewerber, so daß Aufnahmeprüfungen und die Bedarfslenkung durch den Staat viele Abiturienten am Studium hindern. 1968 bestanden insgesamt 76 Einrichtungen mit Hochschulrang, darunter acht Universitäten (eine neunte soll 1970 in Danzig den Lehrbetrieb aufnehmen), 16 technische und sieben landwirtschaftliche Hochschulen, zehn Wirtschaftshochschulen, vier pädagogische Hochschulen, zehn medizinische Akademien, vier Hochschulen für Leibeserziehung, 15 Kunst- bzw. Musikhochschulen sowie zwei Theologische Akademien.

Nach 1945 wurden zahlreiche Einrichtungen für die Erwachsenenbildung geschaffen. Abendschulen und Fernkurse geben Berufstätigen die Möglichkeit, die Hochschulreife zu erlangen oder ihre Berufsqualifikation zu verbessern. Absolventen dieser Einrichtungen können z. T. an Universitäten und anderen Hochschulen Fern- oder Abendkurse belegen. Daneben gibt es "Volksuniversitäten", Bildungseinrichtungen, die keine Vorbildung voraussetzen, aber auch keine Grade und Titel verleihen. Sie entsprechen etwa unseren Volkshochschulen.

Erwerbstätigkeit

Die Gebiets- und Bevölkerungsveränderungen sowie die verstärkte Industrialisierung nach dem zweiten Weltkrieg haben die Erwerbsstruktur wesentlich beeinflusst. Der Anteil der Bevölkerung, die ihren Unterhalt aus

der Landwirtschaft bestreitet, ist von 60 % im Jahre 1931 auf 38,2 % (1960) zurückgegangen. 1975 wird diese Quote schätzungsweise noch 30 % betragen. Im Jahre 1963 waren von 8,4 Mill. Arbeitern und Angestellten 85 % in der staatlichen Wirtschaft, 13 % in genossenschaftlichen und 2 % in privaten Betrieben beschäftigt. Durch eine starke Abwanderung der Landbevölkerung in die Industrie wurde die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die Wirtschaft zu einer vordringlichen Aufgabe, zumal die Rationalisierungsbemühungen die Freisetzung weiterer Arbeitskräfte bedingen. Der bis Ende der 50er Jahre zu verzeichnende hohe Geburtenzuwachs erschwert die Lösung dieser Fragen weiter, denn dadurch wird sich nach 1970 der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter noch erheblich vergrößern. Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft, die jetzt eine kleinbäuerliche Struktur mit hohem Arbeitskräftebesatz aufweist, dürften deshalb nur zurückhaltend vorgenommen werden.

Die Zahl der Beschäftigten in der sozialistischen oder "vergesellschafteten" Wirtschaft (Staats- und Genossenschaftssektor) hat zwischen 1963 und 1968 überplanmäßig um rd. 1,5 Mill. auf 9,2 Mill. Personen zugenommen; die erzielten Produktionssteigerungen waren in vielen Betrieben ausschließlich auf "extensive" Überbeschäftigung ohne Zunahme der Produktivität zurückzuführen. Im laufenden Fünfjahresplan (1966 bis 1970) sollen 1,6 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies würde für den Arbeitsplatzbedarf der heranwachsenden Jugendlichen ungefähr ausreichen, nicht jedoch die Abwanderer aus der Landwirtschaft und die bereits Arbeitsuchenden berücksichtigen. Genaue Angaben über die Zahl der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden fehlen; jährlich dürften 50 000 bis 100 000 Arbeitsuchende registriert werden, zu denen eine noch höhere Zahl nicht registrierter Arbeitsloser kämen. Zur Lösung des Beschäftigungsproblems, gleichzeitig auch zur Verbesserung der Konsumgüterversorgung, soll die Kreditgewährung und die Besteuerung für das private Handwerk erleichtert werden.

Im Gewerkschaftsbund, der sich aus 23 Berufsgewerkschaften zusammensetzt, sind rd. 8,5 Mill. Mitglieder organisiert. Oberstes Organ ist der jährlich stattfindende Gewerkschaftskongreß und in der Zeit zwischen den Tagungen der Zentralrat der Gewerkschaften, der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen ist. Die wöchentliche Arbeitszeit ist gesetzlich auf höchstens 46 Stunden festgesetzt. Für Überstundenarbeit werden Zuschläge von 50 % (für die ersten zwei Stunden Mehrarbeit) bzw. 100 % gezahlt. Seit 1933 besteht ein gut entwickeltes Sozialversicherungssystem, das eine Altersrenten-, Invaliden-, Kranken-, Schwangerschafts- und Arbeitsunfallversicherung (erstes Gesetz 1884) umfaßt. Die Bestimmungen sind 1954 (geltendes Gesetz für die Rentenversicherung) und 1958 ergänzt worden. Erfaßt werden (mit Sonderregelungen für Bergleute, Eisenbahnbedienstete, Mitglieder landwirtschaftlicher Genossenschaften und selbstständige Künstler) alle Berufstätigen. Der Beitrag beträgt, gestaffelt nach der Eigentumsform der Unternehmen zwischen 10 und 30 % der Lohnsumme und wird vom Arbeitgeber entrichtet. Der Staat trägt die Kosten der medizinischen Fürsorge. 1965 gehörten der Sozialversicherung rd. 19 Mill. Personen (Beschäftigte und deren Familienangehörige) an. Das Rentenalter erreichen Männer mit 65, Frauen mit 60 Jahren, wobei eine 25- bzw. 20jährige Berufstätigkeit vorausgesetzt wird. Eine vorzeitige Rentenzahlung ist in bestimmten Fällen (gesundheitsschädigende Berufe und Lehrpersonal) möglich. Die Höhe der Renten liegt zwischen 75 und 90 % (Invalidenrente 65 bis 85 %) des Durchschnittsverdienstes der letzten 12 Arbeitsmonate. Als Versicherungsleistungen werden auch Hinterbliebenenrenten gewährt, ferner Begräbnisbeihilfen, Krankengeld und Schwangerenunterstützung, medizinische Beihilfen (auch für Angehörige) sowie Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit durch Arbeitsunfall. Familienzuschüsse erhalten seit 1947 Arbeitnehmer und Sozialunterstützungsempfänger mit einem oder mehreren Kindern unter 16 bzw. 24 Jahren. Eine Arbeitslosenversicherung besteht nicht.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die Agrarproduktion bildet trotz fortschreitender Industrialisierung weiter eine wichtige Grundlage der polnischen Volkswirtschaft; sie ist (einschließlich Forstwirtschaft) mit rd. 20 % an der Entstehung des Sozialprodukts beteiligt. Bestimmend für die Struktur der Landwirtschaft ist das Vorherrschen von kleinbäuerlichen Betrieben. Nach dem Bodenreformgesetz vom 17. Januar 1945 fiel privater Grundbesitz, dessen Gesamtumfang 100 ha oder dessen landwirtschaftliche Nutzfläche 50 ha überstieg, einem staatlichen Bodenfonds zur Neuverteilung zu. Entschädigungslos enteignet wurde auch der gesamte Landbesitz der ausgesiedelten Deutschen. Die aus früherem Großgrundbesitz gebil-

deten Staatsgüter sollten hinsichtlich der Wirtschaftsmethoden den später gebildeten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) als Vorbild dienen. Die Höchstgröße der Neusiedlerstellen wurde, je nach Bodengüte, auf 5 bis 15 ha festgelegt. In den Jahren 1949 bis 1956 wurden rd. 10 500 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gegründet, die rund 10 % der Nutzfläche umfaßten. Nach 1956 wurden sie größtenteils wieder in private Bauernwirtschaften aufgelöst. Die traditionellen Genossenschaftsformen (Bauernzirkel) wurden wieder belebt.

Um die agrarische Produktion rasch zu steigern, sind die Pflichtablieferungen abgebaut und die Produzentenpreise erhöht worden. Mehr als drei Viertel der Klein- und Mittelbauern haben sich zu Zirkeln zusammenschlossen, die staatlich durch Gewährung von Krediten gefördert werden, größere landwirtschaftliche Geräte kaufen und ihre Mitglieder beraten. Zahlreiche freiwillige Bezugs- und Absatzgenossenschaften sind im "Verein für bäuerliche Selbsthilfe" zusammengeschlossen. Über das System des Aufkaufs landwirtschaftlicher Produkte, durch Lieferverträge und die Preisgestaltung besitzt der Staat weitgehende Einwirkungsmöglichkeiten auf die Erzeugung der Einzelwirtschaften. Gegenwärtig werden rd. 85 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Einzelbauern bewirtschaftet, wobei die durchschnittliche Betriebsgröße etwa 7 ha beträgt; weitere 13,8 % werden von Staatsgütern und nur 1,2 % von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet. 1963 wurde die Mindestgröße landwirtschaftlicher Betriebe von 2 auf 4 ha heraufgesetzt. Unrentable Betriebe sollen von Staatsgütern oder auch Privatbauern gegen Entgelt übernommen werden. Im Rahmen der seit langem geplanten Flurbereinigung sollen sukzessive jährlich rd. 200 000 ha Ländereien zusammengelegt werden. Langfristig dürfte der Anteil von genossenschaftlich oder staatlich bewirtschafteten Betrieben steigen, doch soll der Übergang allmählich und ohne Zwangsmaßnahmen erfolgen.

Die natürlichen Bedingungen für die Landwirtschaft entsprechen etwa denen in Norddeutschland. Bei dem nach Osten hin stärker kontinentalen Klima ist die Gefahr von Frost- oder Dürreschäden größer. Leichte Sand- und sandlehige Böden nehmen rund zwei Drittel der Fläche ein. In den Woiwodschaften Kielce und Lublin gibt es größere Gebiete mit Lössböden (Schwarzerde). Die wichtigsten Anbaukulturen sind Roggen und Kartoffeln, auf sie entfällt mehr als die Hälfte der Nutzfläche. Weiter werden Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Zuckerrüben, Ölfrüchte, Obst und Gemüse angebaut. Da die landwirtschaftliche Nutzfläche nicht mehr wesentlich vergrößert werden kann, dienen viele Investitionen der Intensivierung des Anbaus (u.a. Meliorationen). Von der Getreideanbaufläche entfallen 88 % und von der Zuckerrübenfläche 86 % auf private Betriebe, bei Kartoffeln und Tabak sogar 92 bzw. 100 %. Die Hektarerträge sind im Vergleich zu westeuropäischen Ländern noch gering, obwohl der Verbrauch von Handelsdünger und der Maschineneinsatz gesteigert wurden. Bis 1970 sollen über 1 Mill. ha Ackerland sowie 630 000 ha Wiesen und Weiden be- oder entwässert werden. Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln hat sich verbessert, ist aber teilweise noch unzureichend. Die tierische Produktion ist mit etwa 40 % an der landwirtschaftlichen Erzeugung beteiligt und liefert einen beachtlichen Teil der Ausfuhr (insbesondere Geflügel). Es ist vorgesehen, durch entsprechende Preispolitik den Bestand an Rindvieh schneller zu steigern als den Schweinebestand. Trotz fortschreitender Mechanisierung bleibt das Pferd (besonders in den zahlreichen kleinbäuerlichen Betrieben) als Zuchtier wichtig.

Etwa ein Viertel der Landfläche ist mit Wald bedeckt, davon entfallen vier Fünftel auf Staatsforsten. Größere Waldgebiete finden sich u. a. in den Gebirgen, in Flußniederungen (Warthe-Netze-Gebiet) und im östlichen Polen. Über ein Drittel des Gesamtbestandes liegt in den bis 1945 deutschen Gebieten (bes. in Pommern, Ostbrandenburg, Teilenvon Schlesien). Außer dem vorherrschenden Nadelwald (Kiefern, Lärchen und Fichten) gibt es Laubwälder mit Eichen, Buchen und Eschen. Rund 100 000 ha Wald liegen in Naturschutzgebieten. Neben anderen geschützten Tieren (Elche, Biber, Bären) gibt es 300 Wisente, die im Wald von Białowieża den letzten freilebenden Bestand Europas bilden. Die forstwirtschaftliche Nutzung der Wälder kann nicht den Bedarf decken, so daß große Mengen Holzschliff für die Zellulose- und Papierindustrie eingeführt werden müssen.

Die nach dem zweiten Weltkrieg stark geförderte Seefischerei beschränkt sich nicht nur auf die Ostsee, vielmehr sind polnische Fischereifahrzeuge im offenen Atlantik und in anderen Meeren tätig. Die Fischereirechte in der Ostsee sollen von drei auf zwölf Seemeilen vor der Küste ausgedehnt werden. Auch die Nordsee und die subpolaren Gewässer gehören zu den Fanggebiete-

ten. Ausbau und Modernisierung der Fischereiflotte machen gute Fortschritte. Anfang 1968 umfaßte sie rd. 700 kleinere Einheiten, 34 Trawler und einige Fabrikschiffe mit je etwa 10 000 BRT. Unter den gefangenen Seefischen stehen Heringe und Schellfisch an erster Stelle. Die Binnenfischerei wird vorwiegend als Teichwirtschaft, außerdem besonders auf den masurischen Seen betrieben.

Produzierendes Gewerbe

Bis zum zweiten Weltkrieg war Polen vorwiegend ein Agrarland. Nach 1945 setzte im Rahmen der staatlichen Planwirtschaft eine forcierte Industrialisierung ein, die insbesondere durch die Eingliederung des deutschen Teils Oberschlesiens gefördert wurde. Das Land verfügt über bedeutende Rohstoffvorkommen und Industrieanlagen. Rund 70 % der industriellen Produktion wird in neuen oder ausgebauten Betrieben erzeugt. Mit Vorrang wurde die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie gefördert (Kohlenbergbau, Maschinen- und Fahrzeugbau, chemische Industrie und Elektrotechnik). Von den gesamten Investitionen der polnischen Wirtschaft entfielen in den Jahren 1950 bis 1968 rd. 42 % auf die Industrie; die durchschnittliche Zunahme der Investitionen betrug 7,2 %. Seit dem Jahre 1964 wurden jeweils 52 bis 54 % der Wertschöpfung ("Geschaffenes Nationaleinkommen") von der Industrie (einschl. Bergbau, ohne Bauwirtschaft) aufgebracht, während auf die Land- und Forstwirtschaft nur noch rund 20 % entfielen. Die Fortschritte der Industrieentwicklung seit 1950 waren eng mit dem Aufbau staatlicher Betriebe gekoppelt. Heute ist der Anteil privater, nicht "vergesellschafteter" Betriebe an der Produktion sehr gering, wirtschaftlich aber nicht unbedeutend, da die kleineren Privaterzeuger oft Versorgungslücken füllen oder rascher als die vom Plan abhängigen Staatsbetriebe auf Änderungen der Nachfrage reagieren können.

Die Steigerung der industriellen Produktion setzte die Verbreiterung der Energiebasis voraus. Reiche Kohlenreviere sichern die inländische Brennstoffversorgung und erlauben auch Ausfuhren (bes. von Hüttenkoks). Im Jahre 1966 war Steinkohle mit rd. zwei Dritteln, Braunkohle mit einem Drittel an der Stromerzeugung beteiligt. 1968/69 traten Versorgungsengpässe auf, da der Stromverbrauch zunahm, aber mehrere neue Wärmekraftwerke nicht termingerecht die Arbeit aufnehmen konnten. Größtes Kraftwerk ist das an zwei Braunkohlen-gruben gelegene Kombinat Turów (in Turchau bei Zittau) mit einer Kapazität von 1 400 MW. Eine Kette von Wärmekraftwerken wird auf der Basis der Braunkohlevorkommen von Konin und Turek ausgebaut. In Koźnice (Woiwodschaft Kielce) entsteht ein Kraftwerk auf Steinkohlebasis, das eine installierte Leistung von 3 000 MW erreichen wird, ein weiteres Werk wird im neuen Kokskohlenrevier von Rybnik (südwestlich von Kattowitz) errichtet. Zur Erweiterung der Energiebasis werden in wachsendem Umfang auch Erdöl und Erdgas aus der Sowjetunion eingeführt. Die Bedeutung der Wasserkraftreserven geht demgegenüber relativ zurück. Bei Włocławek/Weichsel soll 1970 ein Wasserkraftwerk mit 81 MW den Betrieb aufnehmen. Dem Ausbau des Verteilernetzes kommt, besonders in den Woiwodschaften Kielce, Białystok und Łódź, große Bedeutung zu, wo regional erst ein Drittel aller Landwirtschaftsstellen an die öffentliche Stromversorgung angeschlossen sind.

Vor allem mit seiner Steinkohleförderung sowie der Gewinnung von Zink, Kupfer und Schwefel besitzt der polnische Bergbau eine beachtliche wirtschaftliche Bedeutung. Die Lagerstätten finden sich größtenteils an der südlichen Landesgrenze, so der Hauptanteil an einem der wertvollsten und umfangreichsten Steinkohlenreviere der Erde, dem oberschlesischen Steinkohlenbecken. Die flache, gleichmäßige und oberflächennahe Ablagerung der mächtigen Flöze gestattet eine besondere billige Massengewinnung. Größere Lager von Braunkohle befinden sich im Gebiet von Łódź und in Niederschlesien; die Förderung dient in erster Linie der Versorgung von Elektrizitätswerken. Die Erdölgewinnung in Galizien kann bisher den Inlandbedarf nicht decken, so daß zusätzlich Einfuhren aus der Sowjetunion und Rumänien erfolgen. Die Erdgasförderung wird aus neu entdeckten Vorkommen bei Lubaczów (Südwestpolen) gesteigert. Der Schwerpunkt der Kupfergewinnung liegt in Niederschlesien zwischen Glogau und Liegnitz bei Polkwitz und Lüben. Hier befindet sich eines der größten Kupfererz-lager der Erde; die Vorräte werden auf 100 Mill. t geschätzt. Weitere Kupfervorkommen zwischen Glogau und Guben befinden sich in der Erschließung. Zink und Blei sowie geringe Mengen von Silber und Kadmium finden sich in Lagerstätten Oberschlesiens oberhalb der Steinkohlenformationen. Sehr bedeutende Vorkommen von Schwefel (rd. 110 Mill. t) befinden sich bei Tarnobrzeg. Die Produktionskapazitäten der Schwefelgruben Grzybow (Woiwodschaft Kielce) und Jezioro wurden 1968

erweitert. Der Abbau der geringwertigen Eisenerze von Tschestochau und Lysa Gora kann nur etwa 15 % des Bedarfs decken. Da die Stahlerzeugung weiter erhöht wird, müssen große Mengen von Eisenerz und Schrott, besonders aus Skandinavien und der Sowjetunion, eingeführt werden. Steinsalz wird in beachtlicher Menge in der Woiwodschaft Posen abgebaut.

Das größte geschlossene Industrierevier ist auf der Grundlage des oberschlesischen Steinkohlenbeckens entstanden; südlich von Ratibor schließt es an das mährische Industriegebiet (Ostrau) an, ostwärts erstreckt es sich über Krakau hinaus. Bei Nowa Huta (ca. 20 km von Krakau) wurde die Lenin-Hütte, eines der größten Eisen- und Stahlkombinate Europas, errichtet. Gegenwärtig arbeiten in Oberschlesien 18 Hüttenbetriebe und 9 selbständige Kokereien, die ständig ausgebaut und modernisiert werden. Schwerpunkte der NE-Metallverhüttung sind Liegnitz (Kupfer), Georgenberg (Miasteczko Śląskie; Blei und Zink) und Konin (Aluminium). Die Entwicklung der chemischen Industrie wird besonders gefördert, sie liefert etwa 10 % der gesamten Industrieerzeugung. Die größten Anstrengungen werden auf dem Gebiet der Produktion von Düngemitteln unternommen. Ein neues Zentrum der chemischen Industrie entsteht gegenwärtig bei Heydebreck nahe Oppeln. In Blechhammer wird ein zweites Petrochemiekombinat, nach demjenigen von Plock, aufgebaut. Ständig erweitert wird die Produktionskapazität für Kunstfasern und -stoffe. Zu den Branchen mit hohen Zuwachsraten gehört auch der Maschinenbau (Anteil an der Industrieerzeugung fast 30 %). Er erzeugt neben Hütten- und Bergwerks-Ausrüstungen in breitem Sortiment Bau-, Werkzeug- und Landmaschinen, Schiffe, Eisenbahnwagen, Personen- und Lastkraftwagen. Mehr als ein Drittel der hergestellten Werkzeugmaschinen werden ausgeführt. Auch die elektrotechnische und elektronische Industrie wird vorrangig weiter entwickelt.

Das strukturelle Mißverhältnis zwischen sich schnell entwickelnder Investitionsgüterindustrie und der Konsumgütererzeugung wurde in den letzten Jahren geringer, blieb aber noch bestehen. Viele Produktionsanlagen der Konsumgüterindustrie sind veraltet, und die Arbeitsproduktivität der erstmals industriell beschäftigten früheren Landbewohner ist häufig unzulänglich. Erhöhten Masseneinkommen infolge einer starken Zunahme der Beschäftigtenzahl steht oft kein entsprechendes Angebot von Waren ausreichender Qualität gegenüber. Der Anteil der Nahrungsmittelindustrie an der gesamten Industrieerzeugung ist mit 15 bis 20 % recht erheblich; er ist durch die Rohstoffbasis der landwirtschaftlichen Erzeugung bedingt und ermöglicht beträchtliche Ausfuhr. Der Anteil der vorwiegend eingeführte Wolle und Baumwolle verarbeitenden Textilindustrie beträgt rd. 8 %. Zunehmend werden auch im Lande erzeugte Chemiefasern verarbeitet. Bedeutend sind ferner die Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie sowie die Herstellung von Glas, Porzellan und Steingut.

Die Bauwirtschaft ist gut mit Rohstoffen versorgt (Kalkstein, Mergel, Kreide, Sand), doch reichen angesichts des wachsenden Bedarfs für Industrie- und Wohnbauten weder die Kapazitäten der Baustoffindustrie noch diejenigen der Bauwirtschaft selbst aus. Seit dem Kriege wurden rund 2,5 Mill. Wohnungen (fast ein Drittel des Gesamtbestandes) neu errichtet. Gegenwärtig entstehen jährlich über 300 000 Wohnräume neu. Von 1969 auf 1970 dürfte die Zahl, bei größerer Wohnfläche und besserer Ausstattung der einzelnen Wohnung, um rd. 5 % abnehmen. Um die Pläne für Wohnbauten erfüllen zu können, ist für 1970 ein Baustopp für Verwaltungsbauten erlassen worden.

Außenhandel

Das Erhebungsgebiet für die Außenhandelsstatistik umfaßt das Staatsgebiet einschließlich der von Polen verwalteten deutschen Ostgebiete. Die nationale Quelle enthält keine Angaben über den Umfang des Erhebungsgebietes (lt. "Yearbook of International Trade Statistics" der UN vier Fünftel des Vorkriegs-Staatsgebietes). Nachgewiesen wird der Generalhandel. Die Länderangaben beziehen sich in der Einfuhr auf das Einkaufsland, in der Ausfuhr auf das Käuferland. Die Wertangaben stellen in Ein- und Ausfuhr fob-Werte dar. Die Umrechnung der nationalen Währung in US-\$ erfolgte für alle Jahre zum Durchschnittskurs von: 1 000 Devisen-Zloty = 250 US-\$.

Verkehr

Bei günstigen verkehrsgeographischen Bedingungen hat das Transportwesen Polens eine erhebliche, angesichts der sich verstärkenden außenwirtschaftlichen Verflech-

tung, noch wachsende Bedeutung. Die Struktur des Landverkehrs ist nach 1945 durch die Angleiderung des verhältnismäßig dichten ostdeutschen Straßen- und Eisenbahnnetzes an dasjenige Innerpolens grundlegend verändert worden. Die See- und Binnenschifffahrt wurde durch die Verlängerung des polnischen Küstenanteils von 140 km auf rd. 500 km, die Übernahme der Seehäfen Stettin und Danzig sowie fast des gesamten Flußgebietes der Oder auf eine neue Grundlage gestellt.

Von der Gesamtleistung aller Verkehrsträger entfällt ein relativ hoher Anteil (52 %) auf die staatlichen Eisenbahnen (PKP), deren Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit durch die Elektrifizierung weiterer Strecken gesteigert werden soll. 68 % des Schienennetzes sind eingleisig. Anfang 1969 waren rd. 3 200 km Eisenbahnstrecken elektrifiziert, 1970 sollen es 3 770 km sein. Die Kohlenbahn zwischen Schlesien und Gdingen-Danzig war Ende 1969 vollständig elektrifiziert. Die Investitionen konzentrieren sich auf den Umbau, die Modernisierung und den Ausbau von Stationen und Bahnlinien, die nicht nur für den lokalen, sondern unter Berücksichtigung der Haupttrichtung der Verkehrsströme verstärkt auch für den Fernverkehr Bedeutung haben. Hierzu gehören die Durchgangsstrecken der Woiwodschaft Kattowitz und das Liniennetz im Kohlenrevier von Rybnik. Trotz vieler Fortschritte reicht die Leistungsfähigkeit der Bahnen noch nicht aus; die Transportpläne für 1969 konnten nicht voll erfüllt werden.

Die Motorisierung des Straßenverkehrs hat im Vergleich mit westeuropäischen Staaten erst geringen Umfang. Der Anteil der Kraftfahrzeuge an der Gesamtverkehrsleistung betrug 1966 knapp 6 %. Der Zustand des Straßennetzes genügt nur teilweise modernen Ansprüchen. Der Ausbau von Fernstraßen und Autobahnen soll in den nächsten Jahren Vorrang erhalten, da der grenzüberschreitende Straßengüterverkehr weiter zunehmen wird.

Wichtigster Hafen für die Binnenschifffahrt ist Elbing, bedeutendste Binnenwasserstraße ist die Oder, durch die (über den Gleiwitzer Kanal) das oberschlesische Industriegebiet mit Stettin verbunden wird. Daneben dienen die Ostseehäfen und viele Seen (als größter der Spirding-, Mauer- und Lebasee) sowie ein umfangreiches, aber nur beschränkt leistungsfähiges Kanalnetz der Schifffahrt. Eine durchgehende Verbindung von der Ostsee zum Schwarzen Meer ("Oder-Donau-Kanal" über tschechoslowakisches Gebiet) soll ebenfalls geschaffen werden. Im Westen und Osten bestehen bereits Anschlüsse an das deutsche (Mittelland-Kanal) bzw. das sowjetische Netz von Binnenwasserstraßen.

Die Seeschifffahrt nimmt heute eine bedeutende Position ein. Die wichtigsten Häfen sind Danzig, Stettin und Gdingen. Nach dem entsprechenden Ausbau übernimmt die polnische Handelsflotte im Rahmen der Arbeitsteilung auch Transportaufgaben für die Tschechoslowakei und andere RGW-Länder. Mehr als zwei Drittel der Transportleistung der Seeschifffahrt erfolgt für fremde Rechnung. Alle Handelsschiffe werden von zwei staatlichen Reedereien eingesetzt, der "Polnischen Seeschifffahrt" (Polska Zegluga Morska/PZM) und den "Polnischen Ozeanlinien" (Polskie Linie Oceaniczne/PLO). 1967 trat Polen erstmalig auf dem Trampschiffahrtsmarkt in Erscheinung. Da hierbei größere Deviseneinnahmen zu erzielen sind, soll die weitere Entwicklung der polnischen Trampschifffahrt besonders gefördert werden. Anfang 1970 wird eine Reorganisation der beiden Schifffahrtsgesellschaften erfolgen; bei stärkerer Spezialisierung (einschl. teilweiser Umverteilung der Handelsflotte) wird künftig die PZM den Tramp- und Tankerverkehr voll übernehmen, die PLO die Fähr- und Frachtlinienschifffahrt.

Der Flugverkehr hat sich in den letzten Jahren günstig entwickelt. Er wird im In- und Auslandsdienst von der staatlichen Luftverkehrsgesellschaft "LOT" durchgeführt (14 Inlands- und neun internationale Linien). Außerhalb des Ostblocks unterhält "LOT" Verbindungen zu mehreren Hauptstädten Nord- und Westeuropas sowie nach Vorderasien und Afrika. Warschau wird von über 20 ausländischen Luftfahrtgesellschaften angeflogen. Im Inlandsdienst ist die Fluglinie zwischen Warschau und Breslau die wichtigste. Mitte 1967 wurde die Strecke Warschau - Kattowitz eröffnet, ferner die Verbindung Kattowitz - Danzig. Mehrere neue Linien sind geplant. Der Flugzeugpark besteht ausschließlich aus sowjetischen Maschinen.

Hörfunk und Fernsehen werden von staatlichen Gesellschaften betrieben. "Polskie Radio" strahlt nationale und regionale Programme sowie einen Auslandsdienst aus. Es gibt drei Hörfunkprogramme für das Inland im Mittel-, Lang- und Kurzwellenbereich. Programme des Auslandsdienstes werden u. a. in englischer, finnischer, französischer, deutscher, schwedischer und spanischer Sprache gesendet. Regionalprogramme werden in 16 Hörfunk- und sechs Fernsehstudios (in Kattowitz,

Lodz, Posen, Stettin, Danzig und Krakau) gestaltet. Anfang 1968 waren etwa ein Drittel aller Schulen und drei Viertel der pädagogischen Lehranstalten und Seminare dem Schulfernsehen angeschlossen.

Fremdenverkehr

Der Ausländer-Fremdenverkehr hat in den letzten Jahren zugenommen, erreichte aber noch nicht dieselbe wirtschaftliche Bedeutung wie in einigen sozialistischen Ländern Südosteuropas. 1968 wurden rd. 2 Mill. ausländische Besucher gezählt. Der größte Teil der Auslands-gäste kam aus den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern. Auch die Zahl der Gäste aus Skandinavien ist angestiegen. Dagegen sind für Deutsche aus der Bundesrepublik Touristenreisen nach Polen weiterhin fast unmöglich; nur für Verwandtenbesuche oder Geschäftsreisen wird die Einreise gestattet.

Besucht werden besonders die historischen Städte (u.a. Krakau, Warschau), die zahlreichen Seebäder an der Ostseeküste, die Masurischen Seen (Ostpreußen), die Mittelgebirge Schlesiens (Riesengebirge, Glatzer Bergland) und die Beskiden. Zentrum des Wintersports ist Zakopane in der Hohen Tatra. Ferner bestehen über 30 Heilbäder und heilklimatische Kurorte. Mit der erhöhten Besucherzahl und z. T. längerem Aufenthalt hat sich die Inanspruchnahme von Dienstleistungen verstärkt, so daß wegen noch nicht ausreichender Kapazitäten erhebliche Investitionen in den Fremdenverkehrseinrichtungen notwendig waren. Der Anteil der Gruppenreisen gegenüber den Individualreisen hat sich seit 1967 relativ vermindert. Seit Mitte der sechziger Jahre wurden 11 neue Großhotels mit insgesamt 3 400 Betten errichtet, zu etwa gleichen Teilen Hotels des staatlichen Reisebüros "Orbis" und Betriebe unter der Leitung der Stadtverwaltungen. Weitere 30 Hotels und andere Fremdenverkehrsobjekte mit 9 000 Gastbetten sollen bis 1970 im Bau sein und z. T. (rd. 2 000 Fremdenbetten) bereits zur Verfügung stehen.

Im Fremdenverkehr kommt ein Vorzugs-Devisenkurs zur Anwendung. Beim Umtausch von mindestens 50 US-\$ oder deren Gegenwert in anderen frei konvertierbaren Währungen erhalten Touristen zusätzliche "Prämien-Coupons" im Gegenwert von 16 Zł je US-\$. Diese Gutscheine werden von Hotels, Tankstellen und besonders bezeichneten Geschäften in Zahlung genommen. An Gruppenreisen in das Ausland haben 1967 rd. 50 000 polnische Touristen teilgenommen; die im gleichen Jahr aus Devisengründen verschärften Bestimmungen haben Auslandsreisen erheblich erschwert.

Geld und Kredit

Am 28. Oktober 1950 wurden die früheren Złoty-Noten, die seit 1944 an die Stelle der Besatzungs-Złoty und Reichsmarknoten getreten waren, in neue Złoty-Noten, generell im Verhältnis 100:1 umgetauscht; für Arbeiter, Angestellte, Klein- und Mittelbauern bis zur Höhe von 100 000 Zł im Verhältnis 100:3. Während die privaten Außenstände von Kaufleuten, Großbauern im Verhältnis 100:1 umgerechnet wurden, mußten die Verpflichtungen zum Staat 100:3 abgelöst werden. Für staatliche Betriebe und Institutionen gab es günstigere Umtauschbedingungen. Gleichzeitig ist die Währungseinheit auf Goldbasis umgestellt und für den Zahlungsverkehr mit dem Ausland die Parität auf 1 Zł = 0,222 168 g Feingold festgesetzt worden. Der Złoty ist eine Binnenwährung und nicht konvertierbar. Zwischen den RGW-Ländern wird der Zahlungsverkehr auf Clearingbasis, im Verkehr mit den übrigen Staaten über frei konvertierbare Währungen oder bilaterale Kompensationsgeschäfte abgewickelt. Die Zuteilung von Devisen durch die Devisenkontrollkommission setzt die Zustimmung einer weiteren Prüfungsinstanz voraus. Nach der DM-Aufwertung im Herbst 1969 hat die Polnische Nationalbank den Złoty-Kurs gegenüber der DM neu festgesetzt (vom 27.10.1969 an; mittlerer Grundkurs: 100 DM = 109,29 Zł; Durchschnitt der Spezialkurse: 100 DM = 655,75 Zł).

Zentralbank des Landes ist die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski); sie besitzt das alleinige Recht zur Notenausgabe, ist für die Regelung des Geldumschlufs und des Kreditwesens verantwortlich, wickelt den Zahlungsverkehr mit dem Ausland ab und übt wichtige Kontrollfunktionen bei der Durchführung der Wirtschaftspläne aus. Die seit der Vorkriegszeit bestehenden privaten Kreditinstitute sind 1951 aufgelöst worden. Heute gibt es nur noch staatliche, kommunale und genossenschaftliche Kreditinstitute. Neben der Zentralbank sind weitere Institute des Geld- und Kreditwesens tätig. Die Investitionsbank (Bank Inwestycyjny) finanziert Investitionen, für die andere Banken nicht

zuständig sind. Die staatliche Agrarbank (Państwowy Bank Rolny) ist für Investitionen in der Landwirtschaft verantwortlich und kontrolliert gleichzeitig die Genossenschaftskassen. Die Außenhandelsbank (Bank Handlowy) ist für die Abwicklung der Außenhandels-geschäfte zuständig, für die Verwaltung der Spareinlagen und für den individuellen Überweisungs- und Scheckverkehr die Allgemeine Sparkasse (Powszechna Kasa Oszczędności) mit zahlreichen Filialen, Außenstellen und Agenturen bei Betrieben, Kreditgenossenschaften und der Post. Außerdem bestehen noch über 1 300 landwirtschaftliche und gewerbliche Spar- und Darlehensgenossenschaften, die privaten Bauern, dem Kleingewerbe und dem Handwerk kurzfristige Kleinkredite gewähren.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Fünfjahresplans 1971 bis 1975 soll ein einheitliches System der Finanzierung und der Bankenkontrolle auf dem Gebiet der Investitionen eingeführt werden. Grundlage der Finanzierungen bilden künftig die Kreditvereinbarungen zwischen den Banken und den Betrieben, wobei die Gestaltung des Zinssatzes als Lenkungsmittel für Investitionen an Bedeutung gewinnen wird. Bereits für Anfang 1970 ist eine Reform des Bankensystems vorgesehen, bei der die beiden größten Banken (Nationalbank und Investitionsbank) vereinigt und die Aufgaben der übrigen Kreditinstitute neu festgelegt werden sollen.

Öffentliche Finanzen

Entsprechend der Wirtschaftsordnung des Landes umfaßt der Staatshaushalt nicht nur die für die Finanzierung der staatlichen Verwaltung erforderlichen Einnahmen und Ausgaben, sondern darüber hinaus auch die für die Finanzierung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen und -vorhaben erforderlichen Mittel. Der Haushalt ist eng mit dem laufenden Finanzplan des Volkswirtschaftsplans gekoppelt und wird in erster Linie durch die Abgaben der vergesellschafteten Betriebe finanziert. Er enthält u. a. auch die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung, die Nettozuflüsse aus privaten Sparkassenguthaben und seit 1951 auch die Gebietshaushalte der Woiwodschaften. In den Gebietshaushalten dürfen Defizite eingeplant werden; ihre eigenen Einnahmen werden in der Regel durch Zuweisungen vom Zentralhaushalt ergänzt. Der zentrale Staatshaushalt muß, ebenso wie in anderen Ostblockstaaten, ausgeglichen sein.

Im Steuersystem sind die indirekten Steuern, besonders die mit unterschiedlichen Sätzen erhobenen Umsatzsteuern für entgeltliche Produktions- und Dienstleistungen sowie (als indirekte Steuern wirkende) überhöhte Preisfestsetzungen für vom staatlichen Einzelhandel abgegebene Konsumgüter wichtiger als die direkten Steuern. Unter diesen sind die Lohnsteuer (mit Sätzen bis rd. 22 %) für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, die Einkommensteuer (mit Sätzen von 5 bis 50 %) für selbständige Bauern, freie Berufe und Privatbetriebe in Handel und Gewerbe sowie die Grund- und Vermögensteuern die wichtigsten.

Preise und Löhne

Im Rahmen der Durchführung von Wirtschaftsreformen sollte ab 1967 ein verändertes Preissystem auf Basis der durchschnittlichen Selbstkosten mit differenzierten Gewinnaufschlägen eingeführt werden. Dabei sollen die Knappheitsrelationen und die Qualität der einzelnen Waren besser im Preis zum Ausdruck kommen und produktionslenkend wirken. Diese Maßnahmen sind bisher erst teilweise durchgesetzt worden, und so kommt den Regelungen der staatlichen Preiskommission noch größere Bedeutung für eine ausreichende Marktbeflieferung zu. Die Endverkaufspreise für Güter des wichtigsten Lebensbedarfs und für Dienstleistungen werden auf niedrigem Niveau gehalten. Bereits um 1950 wurden die Mieten mit etwa 3 % des durchschnittlichen monatlichen Arbeiterlohnes sehr niedrig festgesetzt; danach konnten Aufwendungen zur Erhaltung der Gebäude aus Mieteinkünften kaum gemacht werden. Relativ hoch sind die Preise für Textilien, Bekleidung und Schuhe sowie für alle eingeführten Waren. Nachdem infolge einer gestiegenen Produktion der Konsumgüterindustrie eine Reihe von Preissenkungen erfolgt waren und dies auch in der Einführung von Saisonpreisen sichtbar wurde, sind im November 1967 die Preise für eine Reihe von Konsumgütern, besonders aber für Fleisch und Wurstwaren (um 16 bis 30 %) erhöht worden. Anlaß zu dieser Maßnahme war der rasch gestiegene Konsum infolge erhöhter Kaufkraft bei unzureichendem Angebot hochwertiger Verbrauchsgüter. Diese Entwicklung hat sich seither fortgesetzt. Im Jahre 1968 sind die Lebenshaltungskosten um 2,4 % gestiegen.

Die Realeinkommen aus Löhnen und Prämien im vergesellschafteten Sektor der Volkswirtschaft, d. h. ohne den größten Teil der Landwirtschaft, sind in den Jahren von 1960 bis 1967 um 48 % gestiegen. Die Bruttomonatsverdienste in der sozialistischen Wirtschaft (Staats- und Genossenschaftsbetriebe) haben sich von 1 888 auf 2 018 Zl erhöht. Für die Landwirtschaft wird die Erhöhung der Realeinkommen in der gleichen Periode auf 63 % geschätzt. Es wird angenommen, daß rund die Hälfte des zusätzlichen Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben wurde. Die gesamten Einkünfte der Bevölkerung aus Arbeit und Dienstleistungen dürften sich mehr als verdoppelt haben, während die Lebenshaltungskosten durch Preiserhöhungen für Fleisch, Alkohol, Kohle, Gas, Zigaretten, Milch, Fisch, Mieten und die Heraufsetzung der Transporttarife um rund 15 % gestiegen sind. Das Realeinkommen je Kopf der Bevölkerung dürfte 1968 um 1,5 %, im 1. Halbjahr 1969 nur noch um 0,4 % gestiegen sein.

Sozialprodukt

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Polen basieren, wie auch die der anderen sozialistischen Länder, auf dem Konzept der materiellen Produktion. Zur näheren Erläuterung der dort verwendeten Begriffe und Definitionen siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, Seite 556 ff.

Zahlungsbilanz

Angaben zur polnischen Zahlungsbilanz sind in den amtlichen statistischen Veröffentlichungen des Landes nicht enthalten.

Klimadaten
(Langjähriger Durchschnitt)

Station Lage Seehöhe	Warschau 52°N 21°O 120 m	Danzig 54°N 19°O 5 m	Krakau 50°N 20°O 220 m	Breslau 51°N 17°O 147 m	Zakopane 49°N 20°O 830 m	Beuthen 50°N 19°O 292 m
Monat						

Lufttemperatur °C, Monatsmittel

Januar	- 3,6	- 1,6	- 2,8	- 1,1	- 4,2	- 2,5
Juli	18,6	17,5	19,2	18,8	14,4	17,7
Jahr	7,8	7,5	8,5	8,7	5,0	7,7

Lufttemperatur °C, mittlere tägliche Maxima

Januar	1,1	0,8	0,0	1,4	0,6	0,1
Juli	23,9	21,8	24,4	23,6	20,0	23,8
Jahr	11,6	10,9	12,6	12,6	10,1	12,1

Niederschlag in mm/Anzahl der Tage mit Niederschlag (≥ 1 mm)

Januar	31/8	31/8	28/8	38/9	41/9	46/10
Juli	76/11	68/9	114/10	87/11	180/15	101/12
Jahr	559/104	546/101	727/105	592/106	1 110/139	732/121

Relative Feuchte (%), Mittelwert 7 und 13 Uhr Ortszeit¹⁾

Januar	92/87	86/82	90/84	89/81	97/72	.
Juli	80/58	74/65	82/59	81/56	80/63	.
Jahr	86/70	80/72	87/69	86/67	84/65	.

1) Danzig, Breslau und Beuthen: Mittelwert 7 und 14 Uhr Ortszeit.

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt Offenbach

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960 ¹⁾	1965	1967	1968	1969
Gebiet und Bevölkerung						
Gesamtfläche ²⁾³⁾	qkm			312 677		
Landfläche	qkm			303 760		
Gesamtbevölkerung	JM 1 000	29 776	31 496	31 944	32 305	32 426 ¹⁾
Bevölkerungsdichte	JM Einwohner je qkm	95	101	102	105	104 ¹⁾
Jährliche Bevölkerungszunahme	%	1,6	1,1	0,8	1,1	.

1) Volkszählungsergebnis vom 6. Dezember. - 2) Einschl. der deutschen Ostgebiete in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, z. Z. unter polnischer Verwaltung (101 091 qkm) und der Freien Stadt Danzig (1 895 qkm). - 3) Nach neuen Berechnungen des Hauptamtes für Geodäsie und Kartographie vom Mai 1968. Den tiefer gegliederten Angaben anderer Tabellen liegen z. T. frühere, etwas abweichende Zahlen zugrunde.

a) JA.

Gegenstand der Nachweisung	Fläche qkm	1960	1967	1968	1969	
		Bevölkerung				Einwohner je qkm
		1 000				
Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte nach Woiwodschaften (Województwo) 1)						
Allenstein (Województwo olsztyńskie)	21 064	881	964	974	981	47
Białystok (Woj. białostockie)	23 153	1 090	1 169	1 174	1 184	51
Breslau (Woj. wrocławskie)	18 923	1 806	1 982	1 975	1 984	105
Bromberg (Woj. bydgoskie)	20 892	1 708	1 855	1 880	1 898	91
Danzig (Woj. gdańskie)	11 036	1 223	1 372	1 421	1 442	131
Kattowitz (Woj. katowickie)	9 546	3 275	3 554	3 584	3 614	379
Kielce (Woj. kieleckie)	19 513	1 816	1 904	1 895	1 902	97
Köslin (Woj. koszalińskie)	18 104	688	765	771	781	43
Krakau (Woj. krakowskie)	15 356	1 990	2 143	2 169	2 185	142
Lublin (Woj. lubelskie)	24 881	1 801	1 911	1 933	1 946	78
Łódź (Woj. łódzkie)	17 098	1 595	1 671	1 678	1 684	98
Oppeln (Woj. opolskie)	9 557	929	1 018	1 028	1 037	108
Posen (Woj. poznańskie)	26 849	1 993	2 144	2 152	2 171	81
Rzeszów (Woj. rzeszowskie)	18 636	1 586	1 706	1 731	1 747	94
Stettin (Woj. szczecińskie)	12 754	758	860	877	887	70
Warschau (Woj. warszawskie)	29 406	2 315	2 469	2 527	2 544	87
Grünberg (Woj. zielonogórskie)	14 576	782	857	867	876	60
Städte mit Woiwodschafts-rang 2)						
Breslau (Wrocław)	224	431	481	506	512	2 285
Krakau (Kraków)	230	481	530	555	565	2 457
Łódź	214	710	746	745	750	3 507
Posen (Poznań)	220	408	442	454	457	2 083
Warschau (Warszawa)	445	1 139	1 268	1 267	1 279	2 871
Einheit		1960	1965	1966	1967	1968
Geborene	auf 1 000 d. Bev.	22,6	17,4	16,7	16,3	16,3
Gestorbene	auf 1 000 d. Bev.	7,6	7,4	7,3	7,8	7,6
Gestorbene im 1. Lebensjahr	auf 1 000 Lebendgeborene	54,8	41,4	38,6	37,9	33,4
Ein- und Auswanderung						
Einwanderer	Anzahl	1 666	1 204	1 117	1 040	800
Auswanderer	Anzahl	24 050	32 113	28 755	21 857	17 200
Auswandererüberschuß	Anzahl	22 384	30 909	27 638	20 817	16 400

1) Die Woiwodschaften sind nach ihren Hauptstädten benannt. - 2) Diese Städte gehören nicht zu den Land-
woiwodschaften gleichen Namens.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960 ¹⁾	1965	1966	1967	1968
Bevölkerung nach Altersgruppen (im Alter von ... bis unter ... Jahren)						
unter 15	1 000	9 936	9 776	9 574	9 380	9 197
unter 5	1 000	3 381	2 834	2 739	2 669	2 614
5 - 15	1 000	6 555	6 942	6 835	6 711	6 583
15 - 65	1 000	17 697	19 574	19 869	20 211	20 608
15 - 20	1 000	1 925	2 892	3 096	3 224	2 315
20 - 25	1 000	1 951	1 938	1 980	2 146	2 400
25 - 35	1 000	4 593	4 544	4 441	4 341	4 347
35 - 45	1 000	3 404	4 312	4 427	4 509	4 534
45 - 55	1 000	3 318	2 943	2 932	2 951	2 974
55 - 65	1 000	2 508	2 945	2 992	3 040	3 038
65 und älter	1 000	1 773	2 146	2 255	2 353	2 500
Bevölkerung nach Stadt und Land						
in Städten	JE	14 401	15 681	15 909	16 367	16 600
	JE	48,3	49,7	50,0	50,9	51,2
in Landgemeinden	JE	15 394	15 870	15 902	15 796	15 826
	JE	51,7	50,3	50,0	49,1	48,8
		1960	1965	1967	1968	1969
Bevölkerung in ausgewählten Städten						
Warschau (warszawa),						
Hauptstadt	JA	1 139	1 241	1 268	1 267	1 279
Lodz (Łódź)	JA	710	740	746	745	750
Krakau (Kraków)	JA	481	513	530	555	565
Breslau (Wrocław)	JA	431	469	481	506	512
Posen (Poznań)	JA	408	434	442	453	457
Danzig (Gdańsk)	JA	287	317	327	361	367
Stettin (Szczecin)	JA	269	308	317	330	334
Kattowitz (Katowice) ²⁾	JA	270	285	288	291	294
Bromberg (Bydgoszcz)	JA	232	253	261	273	278
Lublin	JA	181	201	208	232	237
Gesundheitswesen						
Krankenhäuser	JA	636	677	675	676	676
Betten in Krankenhäusern ³⁾	JA	159,7	183,2	193,1	196,6	199,1
Ärzte	JA	26 296	37 726	41 331	43 086	44 827
Einwohner je Arzt	JA	1 121	830	770	744	723
Fachärzte	JA	14 481	20 948	24 389	26 311	27 864
Zahnärzte	JA	8 823	11 105	11 898	12 300	12 632
Einwohner je Zahnarzt	JA	3 340	2 821	2 674	2 608	2 567
Apotheker	JA	7 662	9 595	10 601	11 008	11 396
Krankenschwestern ⁴⁾	JA	59 678	73 127	81 803	86 664	92 163
mit Diplom	JA	37 852	53 131	59 245	63 553	69 284
Hebammen	JA	9 708	10 456	10 889	11 129	11 452
		1960	1965	1966	1967	1968
Ausgewählte Krankheiten und Sterbefälle						
Registrierte Neuerkrankungen						
Typhus abdominalis	Anzahl	3 464	1 040	1 074	936	694
Bazillenruhr	Anzahl	5 970	7 154	8 805	8 289	6 231
Scharlach	1 000	51	42	50	47	37
Diphtherie	Anzahl	6 380	414	248	142	123
Keuchhusten	1 000	96	24	31	28	19
Meningokokken-Meningitis	Anzahl	883	1 011	915	951	1 102
Kinderlähmung	Anzahl	301	19	11	6	464
Masern	1 000	85	125	134	131	112
Bösartige Neubildungen ⁵⁾	1 000	29	38	.	.	.
Grippe	1 000	230	894	645	1 536	143
Übertragbare Hepatitis	1 000	76	94	77	69	75
Diarrhoe ⁶⁾	1 000	27	26	33	32	29

1) 509 800 bei der Volkszählung erfasste Personen blieben unberücksichtigt. - 2) Einschl. Schoppinitz (Szopienice). - 3) Ohne Betten für Neugeborene (1967: 13 653), aber einschl. Betten in Pflegeabteilungen von Behelinstationen und Kliniken (1967: 2 082). - 4) Einschl. Hilsschwester. - 5) Einschl. Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe. - 6) Nur Kinder im Alter bis zu zwei Jahren.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Sterbefälle nach Todesursachen						
Tuberkulose der Atmungsorgane	Anzahl	10 865	11 278	10 291	9 815	8 725
Bösartige Neubildungen ¹⁾	Anzahl	26 402	38 969	39 733	41 081	42 962
Diabetes mellitus	Anzahl	865	1 729	2 027	2 266	2 453
Gehirnblutung und sonstige Gefäßstörungen des Zentralnervensystems	Anzahl	10 205	10 034	9 961	10 498	10 872
Arteriosklerotische und degenerative Herzerkrankungen	Anzahl	14 113	26 295	27 340	29 435	30 878
Lungenentzündung 2)	Anzahl	12 741	8 985	7 550	8 738	7 023
Bronchitis	Anzahl	591	1 228	1 300	1 727	1 589
Schleimhautentzündung des Magens und Zwölffingerdarms sowie entzündliche Darmkrankheiten 2)	Anzahl	3 699	2 234	2 130	1 900	1 324
Leberzirrhose	Anzahl	990	1 876	2 104	2 258	2 428
Nephritis und Nephrose	Anzahl	1 586	2 363	2 325	2 452	2 424
		1960	1965	1967	1968	1969
Bildungswesen³⁾						
Schulen und andere Lehranstalten						
Grundschulen	Anzahl	25 826	26 524	26 564	26 563	26 526
Mittel- und höhere Schulen	Anzahl	833	863	866	862	861
Berufsbildende Schulen ⁴⁾	Anzahl	5 121	8 478	8 816	9 540	9 303
Hochschulen 5)	Anzahl	75	74	76	76	77
Lehrkräfte						
Grundschulen ⁶⁾	1 000	140,3	165,5	189,2	201,4	206,9
Mittel- und höhere Schulen 6)	1 000	11,7	15,4	15,3	15,0	14,9
Berufsbildende Schulen ⁷⁾	1 000	32,7	49,7	57,6	57,3	58,3
Hochschulen 8)	1 000	19,3	21,6	24,4	26,1	.
Schüler bzw. Studierende						
Grundschulen	1 000	4 574,1	5 207,9	5 527,1	5 706,3	5 604,0
Mittel- und höhere Schulen	1 000	214,3	405,2	322,7 ^{a)}	306,1 ^{b)}	311,2
Berufsbildende Schulen	1 000	645,2	1 534,1	1 629,2	1 500,5	1 523,8
Hochschulen 9)	1 000	161,0	231,2	274,5	288,8	304,6
Erwachsenenbildung						
Schulen¹⁰⁾						
Grundschulen	Anzahl	823	633	470	429	416
Mittel- und höhere Schulen 11)	Anzahl	207	253	284	288	297
Lehrkräfte						
Grundschulen	Anzahl	1 100	1 000	700	700	600
Mittel- und höhere Schulen 11)	Anzahl	600	900	1 100	1 300	1 400
Schüler						
Grundschulen	1 000	61,1	71,6	46,8	44,9	46,2
Mittel- und höhere Schulen 11)	1 000	66,5	116,5	133,9	136,9	135,2

1) Vgl. Fußnote 5), S. 15. - 2) Personen im Alter von 4 Wochen und darüber. - 3) Schuljahre: September des vorhergehenden bis Juni des angegebenen Jahres. - 4) Ohne Fernunterrichtsinstitute (berufsbildende Grundschulen und höhere technische Institute). - 5) Darunter 1968 acht Universitäten: Jagiellonische Universität in Krakau, Lodz, Katholische und Marie Curie-Skłodowska-Universität in Lublin, Adam Mickiewicz-Universität in Posen, Nikolaus Kopernikus-Universität in Thorn, Warschau und die Boleslaw-Bierut-Universität in Breslau. - 6) Vollzeitlehrer. - 7) Ohne Tutoren der Schülerwohnheime. - 8) Alle an Hochschulen tätigen Wissenschaftler, einschl. Assistenten und Lektoren. Wissenschaftler, die eine Vollzeitbeschäftigung an zwei oder mehreren Hochschulen haben, sind mehrfach erfaßt (wenige Prozent des gesamten Lehrpersonals). - 9) Studierende nach Hauptfächern 1968: insgesamt 288 788 (dar. Studentinnen: 114 048): Geisteswissenschaften 42 944, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften 55 461, Naturwissenschaften 31 414, Ingenieurwesen 104 290, Medizin 26 205, Landwirtschaft 28 474. - 10) Abendschulen. - 11) Einschl. Fernunterricht.

a) Im Zusammenhang mit der Schulreform erfolgten 1966/67 keine Neuaufnahmen in die unteren Klassen der Mittel- und höheren Schulen. - b) 1967/68 Aufnahme von erfolgreichen Absolventen (Abschlußexamen) der 8. Grundschulklasse in die erste Klasse der Oberschule.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1963	1964	1965	1966
Schüler nach Altersgruppen						
7 bis 15 Jahre	% d. Altersgruppe	78	74	72	75	.
15 bis 19 Jahre	% d. Altersgruppe	40	63	71	62	.
		1962	1965	1966	1967	1968
Öffentliche Ausgaben für das Bildungswesen						
Gesamtausgaben	Mill. Zl	21 792,6	27 041,0	27 513,5	28 157,0	29 758,5
Laufende Ausgaben	Mill. Zl	18 616,7	23 110,5	23 607,2	24 083,5	25 346,3
Investitionen	Mill. Zl	3 175,9	3 930,5	3 906,3	2 975,6	3 149,6
Anteil am Nettoinlandsprodukt	%	5,1	5,0	.	.	.
Verteilung der laufenden Ausgaben nach Bildungseinrichtungen						
Vor- und Grundschulen	%	38,7	39,5	.	.	.
Mittel- und höhere Schulen	%	3,9	4,5	.	.	.
Berufsbildende Schulen	%	12,5	14,8	.	.	.
Hochschulen	%	23,2	25,0	.	.	.
Andere Bildungseinrichtungen	%	3,6	3,5	.	.	.
Sonstige laufende Ausgaben	%	.	12,7	.	.	.
		1960 ¹⁾				
		insgesamt	männlich		weiblich	
Erwerbstätigkeit						
Erwerbspersonen	1 000	13 907		7 753		6 155
nach der Stellung im Beruf 2)						
Selbständige	1 000	644		593		50
Mithelfende Familienangehörige	1 000	198		104		94
Lohn- und Gehaltsempfänger	1 000	7 214		4 733		2 480
Sonstige 3)	1 000	359		229		130
nach Wirtschaftsbereichen						
Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei 4)	1 000	6 637		3 009		3 627
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitende Industrie, Energiewirtschaft und Hochseefischerei	1 000	3 238		2 269		969
Baugewerbe	1 000	791		711		80
Handel und Gastgewerbe	1 000	800		341		459
Verkehr und Nachrichtenübermittlung 5)	1 000	673		571		101
Dienstleistungen, Wasserversorgung, sanitäre Dienste, städtische Verkehrsbetriebe sowie nicht ausreichend beschriebene Tätigkeiten	1 000	1 770		852		918
Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung	%	47,3		55,1		40,1
nach Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)						
unter 15	% d. Altersgruppe	0,3		0,3		0,4
15 - 20	% d. Altersgruppe	43,9		46,5		41,2
20 - 25	% d. Altersgruppe	76,8		88,1		67,8
25 - 30	% d. Altersgruppe	79,5		96,4		62,8
30 - 50	% d. Altersgruppe	80,8		96,9		66,6
50 - 55	% d. Altersgruppe	79,3		94,8		65,6
55 - 60	% d. Altersgruppe	74,5		91,4		60,2
60 - 65	% d. Altersgruppe	62,9		81,9		48,9
65 und älter	% d. Altersgruppe	39,7		55,5		30,1
unbekannt	% d. Altersgruppe	58,1		65,0		51,9

1) Volkszählungsergebnis vom 6. Dezember; ohne 369 779 Personen (345 653 Männer, 24 126 Frauen), die unberücksichtigt blieben. - 2) Ohne selbständige Landwirte und deren mithelfende Familienangehörige sowie ohne Personen, deren Stellung im Beruf unbekannt war. - 3) Mitglieder von Produktionsgenossenschaften. - 4) Ohne Hochseefischerei. - 5) Ohne städtische Verkehrsbetriebe.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968	
Erwerbstätige ¹⁾	JD	1 000	7 121	8 386	8 689	9 046	9 365
sozialistischer Sektor	1 000	7 008	8 260	8 558	8 902	9 208	
privater Sektor	1 000	113	126	131	144	157	
Lohn- und Gehaltsempfänger ²⁾ im sozialistischen Sektor	JD	1 000	7 008	8 260	8 558	8 902	9 208
nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen							
Landwirtschaft	1 000	388	491	513	530	547	
Forstwirtschaft	1 000	150	173	182	181	180	
Industrie	1 000	2 949	3 460	3 582	3 732	3 866	
Bauwirtschaft	1 000	783	858	881	930	968	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	656	788	836	854	879	
Handel	1 000	708	788	786	820	853	
Kommunal- und Wohnungswirtschaft	1 000	209	273	291	316	331	
Bildungswesen, Wissenschaft und Kultur ³⁾	1 000	471	598	633	673	699	
Gesundheitswesen ³⁾	1 000	308	381	388	407	423	
Öffentliche Verwaltung und Justiz ⁴⁾	1 000	195	205	205	205	205	
Banken und Versicherungen	1 000	57	71	74	76	77	
Lehrlinge im sozialistischen Sektor	JD	1 000	68,5	313,9	329,8	316,7	300,9
nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen							
Landwirtschaft	1 000	0,6	8,2	9,3	8,5	.	
Forstwirtschaft	1 000	-	0,6	0,9	0,8	.	
Industrie	1 000	48,5	205,6	217,2	208,0	193,2	
Bauwirtschaft	1 000	4,5	34,1	37,6	37,6	39,4	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	2,5	19,4	20,9	20,7	20,8	
Handel	1 000	11,6	37,3	34,6	32,5	30,6	
Kommunal- und Wohnungswirtschaft	1 000	0,8	4,7	5,1	5,0	5,1	
Gewerkschaften							
Mitglieder	JE	Mill.	6,1	7,7	8,1	8,5	.
dar. weiblich	JE	Mill.	1,9	2,6	2,8	3,0	.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei							
Flächennutzung ⁵⁾							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1 000 ha	20 403	19 946	19 947	19 819	19 777	
Ackerland	1 000 ha	16 223	15 681	15 682	15 518	15 495	
Wiesen und Weiden	1 000 ha	4 180	4 265	4 265	4 300	4 282	
Waldfläche	1 000 ha	7 652	8 060	8 140	8 209	8 304	
Sonstige Fläche	1 000 ha	3 118	3 167	3 086	3 145	3 092	
Anteile der Eigentumsformen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ⁵⁾							
Privatbesitz	JE	%	86,9	85,0	84,9	85,0	84,5
Produktionsgenossenschaften (LPG)	JE	%	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2
Staatsgüter	JE	%	11,9	13,3	13,4	13,8	13,8

1) Lohn- und Gehaltsempfänger, ohne Lehrlinge. - 2) Ohne Lehrlinge. Die Angaben berücksichtigen auch Nichtvollbeschäftigte: Kurzarbeitszeiten in Vollzeiteinheiten umgerechnet. Für 1967 ist die Zahl der Beschäftigten der Investitions-Aufsichtsbehörde auf die Angaben für die einzelnen Bereiche der Volkswirtschaft aufgeteilt worden; für die früheren Jahre ist diese Zahl in der Angabe für den Bereich "Bauwirtschaft" enthalten. - 3) Nur Vollzeitbeschäftigte. - 4) Ohne Beschäftigte von Körperschaften und ähnlichen Institutionen, die vom Gewinnüberschuß untergeordneter Genossenschaften finanziert werden. Die Zahlen dieser Beschäftigten (1960: 35 000, 1967: 54 000) sind gemäß der seit dem 1. Januar 1967 gültigen Gliederung der Volkswirtschaft in den Angaben für die einzelnen Wirtschaftsbereiche enthalten. - 5) Angaben aufgrund älterer Zahlen für die Gesamtfläche (31,173 Mill. ha); nach Neuberechnungen vom Mai 1968 beträgt die Gesamtfläche 31,268 Mill. ha.

Gegenstand der Nachweisung	1960		1965		1966	
	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha
Anzahl und Betriebsfläche der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) 1)	2 072	228	1 268	226	1 225	234 ^{a)}
	Einheit		1950	1958	1960	
Landwirtschaft						
Einzelwirtschaften und privates Hofland nach Betriebsgrößenklassen	1 000/%		3 168,5	100,0	3 728,9	100,0
(von ... bis unter ... ha)					3 591,9	100,0
0,1 - 0,5	1 000/%		199,7	6,3	304,4	8,2
0,5 - 2	1 000/%		621,6	19,6	869,3	23,3
2 - 5	1 000/%		991,8	31,3	1 211,7	32,5
5 - 7	1 000/%		477,5	15,1	514,4	13,8
7 - 10	1 000/%		499,0	15,7	470,0	12,6
10 - 20	1 000/%		339,0	10,7	328,3	8,8
20 und mehr	1 000/%		39,9	1,3	30,8	0,8
			1960	1965	1967	1968
Verbrauch von Handelsdünger 2)						
Stickstoffhaltig, berechnet auf N	1 000 t		251,3	386,5	513,3	580,0
Phosphathaltig, berechnet auf P ₂ O ₅	1 000 t		180,4	324,0	407,8	450,0
Kalihaltig, berechnet auf K ₂ O	1 000 t		312,9	396,2	660,6	730,0
Maschinenbestand						
Schlepper JA	1 000		57,7	106,8	136,7	151,2
Mähdrescher JA	1 000		3,3	4,4	6,7	.
Melkmaschinen JA	Anzahl		385	2 555	3 224	.
			1960	1965	1966	1967
Getreideernte ³⁾	1 000 t		14 265	15 720	15 337	15 858
Getreidemenge je Einwohner	kg		480	499	484	496
Ausgewählte landwirtschaftliche Erzeugnisse						
Weizen	1 000 t		2 303	3 422	3 603	3 934
	dz/ha		16,9	20,6	21,5	22,4
Roggen	1 000 t		7 873	8 289	7 700	7 694
	dz/ha		15,4	18,4	17,8	17,9
Gerste	1 000 t		1 310	1 468	1 409	1 412
	dz/ha		18,3	21,0	20,6	21,6
Hafer	1 000 t		2 774	2 541	2 625	2 818
	dz/ha		16,9	18,8	18,8	19,7
Kartoffeln	1 000 t		37 855	43 263	46 144	48 620
	dz/ha		132	154	169	176
Zuckerruben	1 000 t		10 262	12 314	13 620	15 521
	dz/ha		256	259	313	358
Zwiebeln	1 000 t		182	325	317	306
Tomaten	1 000 t		164	185	284	332
Kohl	1 000 t		1 730	1 778	1 826	1 471
Karotten	1 000 t		391	444	449	595
Bohnen, trocken	1 000 t		11	50	60	49
Erbsen, trocken	1 000 t		41	61	94	83
Rote Rüben	1 000 t		380	334	378	362
Gurken	1 000 t		209	201	339	357

1) JA. - 2) Berichtszeitraum: 1. Juli des vorhergehenden bis 30. Juni des angegebenen Jahres. - 3) Weizen, Roggen, Gerste und Hafer.

a) 1967: 242 000 ha und 1968: 252 000 ha.

Gegenstand der Nachweisung			Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Äpfel		1 000 t		627	197	794	537	746
Birnen		1 000 t		190	64	185	124	194
Pflaumen		1 000 t		168	80	179	127	163
Süßkirschen		1 000 t		41	26	42	27	43
Sauerkirschen		1 000 t		81	34	68	33	50
Leinsamen		1 000 t		56	77	72	73	.
Rapssamen		1 000 t		147	504	448	651	735
Tabak		1 000 t		41	52	48	78	81
Flachs		1 000 t		43	57	55	71	.
Hanf Fasern ¹⁾		1 000 t		12	19	20	20	.
Beerenobst								
Erdbeeren		1 000 t		26 ^{a)}	148	135	132	115
Himbeeren		1 000 t		5 ^{a)}	6	8	13	9
Johannisbeeren		1 000 t		41 ^{a)}	36	40	41	44
Stachelbeeren		1 000 t		23 ^{a)}	17	18	18	19
Viehbestand								
Pferde	JM	Mill.		2,8	2,6	2,6	2,6	2,7
Rinder	JM	Mill.		8,7	9,9	10,4	10,8	10,9
Milchkühe		Mill.		5,9	5,9	6,0	6,1	6,2
Schweine	JM	Mill.		12,6	13,8	14,3	14,2	13,9
Schafe	JM	Mill.		3,7	3,1	3,2	3,3	3,3
Ziegen		Mill.		0,3	0,2	0,2	0,2	.
Hühner		Mill.		63,5	70,4	70,2	69,7	73,1
Enten		Mill.		3,1	4,5	4,8	4,7	5,0
Gänse		Mill.		4,4	3,9	4,5	4,1	4,5
Truthühner		Mill.		0,8	1,5	1,5	1,5	1,7
Bienenstöcke	JE	Mill.		1,2	1,3	1,3	1,4	.
Ausgewählte tierische Erzeugnisse								
Schlachtungen								
Pferde		1 000		107	54	64	56	74
Rinder		1 000		1 344	2 101	2 056	2 318	2 530
Kälber		1 000		3 074	2 366	2 335	2 295	2 351
Schweine		1 000		12 070	14 403	14 637	14 940	14 549
Schafe		1 000		1 490	1 086	1 069	1 078	1 162
Rind- und Kalbfleisch		1 000 t		334	434	440	499	540
Schweinefleisch		1 000 t		1 177	1 307	1 345	1 313	1 287
Geflügelfleisch		1 000 t		62	89	104	107	115
Milch		Mill.hl		121	129	138	141	142
Hühnereier		Mill.St		5 589	6 264	6 253	6 348	6 306
Honig		1 000 t		3,3	6,2	7,1	.	.
Häute und Felle ²⁾								
Pferdhäute		1 000 t		2,7	1,8	1,4	1,8	.
Rinderhäute		1 000 t		24,4	38,6	37,8	42,9	.
Kalbfelle		1 000 t		8,1	6,8	6,0	6,8	.
Schweinehäute		1 000 t		16,5	21,4	24,6	24,4	.
Schaffelle		1 000 t		3,0	1,9	1,8	2,2	.
Ziegenfelle		1 000 t		0,3	0,1	0,1	0,1	.
Forstwirtschaft								
Holzeinschlag ³⁾		1 000 cbm		16 173	17 227	16 803	17 433	18 023
nach Holzarten								
Nadelholz		1 000 cbm		13 876	14 649	14 070	14 447	13 815 ^{b)}
Laubholz		1 000 cbm		2 297	2 578	2 732	2 986	3 041 ^{b)}
nach Nutzungsarten								
werkholz		1 000 cbm		14 459	15 267	15 223	15 715	13 910 ^{b)}
Brennholz		1 000 cbm		1 714	1 960	1 579	1 718	1 649 ^{b)}
Fischerei								
Binnenfischerei								
Fangmengen		1 000 t		18,7	20,8	21,6	22,8	26,0
in Teichen		1 000 t		10,9	13,2	13,4	14,8	17,2
Seen		1 000 t		6,7	6,5	7,3	7,1	7,9
Flüssen		1 000 t		1,1	1,1	0,9	0,9	0,9

1) Ohne Waldfrüchte.- 2) Roh, frisch; Aufkäufe durch sozialistische Handelsgesellschaften. - 3) Berichtszeitraum: 1. Oktober des vorhergehenden bis 30. September des angegebenen Jahres.

a) 1961. - b) Nur Staatswälder.

Gegenstand der Nachweisung			Einheit	1960	1964	1965	1966	1967
Seefischerei								
Fangmengen		1 000 t		183,9	264,3	297,5	334,9	338,9
darunter:								
Heringe, Sardinen u.ä.		1 000 t		104,7	131,2	142,6	130,7	121,5
Kabeljau, Seehechte, Schellfische u.ä.		1 000 t		51,1	54,1	66,4	107,8	118,4
Rotfische, Barsche u.ä.		1 000 t		.	26,1	27,8	17,7	14,1
Makrelen u.ä.		1 000 t		6,9	10,6	6,3	9,8	12,1
Flundern, Heilbutt und Seezungen		1 000 t		1,7	6,5	9,8	8,5	11,6
Seehechte, Meeräschen u.ä.		1 000 t		.	2,9	4,8	5,1	8,5
				1960	1965	1966	1967	1968
Produzierendes Gewerbe								
Betriebe	JE	1 000		152,9	152,8	157,5	164,4	169,1
nach Eigentumsformen								
Industrie		1 000		44,6	48,3	48,5	49,3	50,1
sozialistischer Sektor		1 000		35,9	41,3	41,5	42,2	43,0
darunter:								
Staatsbetriebe		1 000		13,5	14,5	14,5	14,6	14,5
Genossenschaftsbetriebe		1 000		22,1	26,6	26,7	27,4	28,2
Privatbetriebe		1 000		8,7	6,9	7,0	7,1	.
Handwerk		1 000		108,3	104,5	109,0	115,2	118,9
sozialistische Betriebe		1 000		2,0	6,7	7,0	7,3	7,5
Privatbetriebe		1 000		106,3	97,8	102,0	107,9	111,5
Beschäftigte								
nach Eigentumsformen der Betriebe	JE	1 000		3 299	4 087	4 220	4 409	4 583
Industrie		1 000		3 079	3 758	3 880	4 026	4 184
sozialistischer Sektor		1 000		3 057	3 738	3 859	4 004	4 161
darunter:								
Staatsbetriebe		1 000		2 666	3 267	3 367	3 478	3 611
Genossenschaftsbetriebe		1 000		377	449	468	500	523
Privatbetriebe		1 000		22	20	21	22	.
Handwerk		1 000		219	328	340	383	399
sozialistische Betriebe		1 000		49	151	150	177	179
Privatbetriebe		1 000		170	177	190	206	220
				1960	1964	1965	1966	1967
Betriebe								
nach Wirtschaftsbereichen								
Energie- und Wasserwirtschaft	Anzahl			673	684	828	913	917
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	Anzahl			1 337	1 172	1 209	1 177	1 152
Verarbeitende Industrie	Anzahl			44 702	49 245	52 817	53 335	54 378
Baugewerbe 1)	Anzahl			1 490	1 248	1 322	1 367	1 445
Beschäftigte 2)	.							
Energie- und Wasserwirtschaft	1 000			73	82	84	86	94
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1 000			414	426	430	432	435
Verarbeitende Industrie 3)	1 000			2 509	2 769	2 924	3 036	3 175
Baugewerbe 1)	1 000			697	728	760	785	834
Durchschnittlich Beschäftigte je Betrieb 2)								
Energie- und Wasserwirtschaft	Anzahl			108	120	101	94	103
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	Anzahl			310	363	356	367	378
Verarbeitende Industrie 3)	Anzahl			56	56	55	57	58
Baugewerbe 1)	Anzahl			468	567	575	566	577

1) Nur sozialistische Betriebe. - 2) Ohne Lehrlinge. Im Baugewerbe einschl. Lehrlinge. - 3) Ohne Heimarbeiter.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Index der industriellen Produktion	1963 = 100	79	119	128	140	151 ^{a)}
Energiewirtschaft	1963 = 100	74	122	133	142	155
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1963 = 100	90	108	113	121	120
Verarbeitende Industrie ¹⁾	1963 = 100	79	120	129	139	154
Baugewerbe	1963 = 100	86	114	125	.	.
		1960	1964	1965	1966	1967
Energiewirtschaft						
Erzeugung von elektrischem Strom	Mrd. kWh	29,3	40,6	43,8	47,4	51,3 ^{b)}
in Wasserkraftwerken	Mrd. kWh	0,7	0,7	0,9	0,9	1,0
in Werken für die öffentliche Versorgung	Mrd. kWh	22,4	34,2	37,6	40,7	43,6
Installierte Leistung der Kraftwerke	1 000 kW	6 316	9 203	9 672	9 920	10 933 ^{c)}
in Wasserkraftwerken	1 000 kW	261	349	350	350	373
in Werken für die öffentliche Versorgung	1 000 kW	4 479	7 357	7 860	7 964	8 860
Gaserzeugung	Mill.cbm	5 163	5 974	6 066	6 308	6 444
in Gaswerken	Mill.cbm	774	844	875	907	914
in Kokereien	Mill.cbm	4 389	5 130	5 191	5 401	5 530
		1960	1966	1967	1968	1969 ²⁾
Produktion ausgewählter Erzeugnisse						
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden						
Steinkohle	Mill. t	104,4	122,0	123,9	128,6	100,8
Braunkohle	Mill. t	9,3	24,5	23,9	26,9	22,2
Eisenerz (30 % Fe-Inh.)	1 000 t	2 184	3 048	3 072	3 048	2 149
Kupfererz (Cu-Inh.)	1 000 t	10,8	15,6	15,6	.	.
Bleierz (Pb-Inh.)	1 000 t	39,6	51,6	55,2	60,0	.
Zinkerz (Zn-Inh.)	1 000 t	144	190	218	218	.
Nickelerz (Ni-Inh.)	t	1 254	1 270	1 270	.	.
Erdöl	1 000 t	194	400	450	475	330
Erdgas ³⁾	Mill.cbm	552	1 380	1 572	2 556	2 743
Verarbeitende Industrie						
Koks	Mill. t	11,9	14,8	15,2	15,7	13,4 ^{d)}
Zement	Mill. t	6,6	10,0	11,1	11,6	8,9
Roheisen und Ferrolegierungen ⁴⁾	Mill. t	4,6	5,9	6,6	6,8	5,2
Rohstahl	Mill. t	6,7	9,9	10,5	11,0	8,4
Aluminium	1 000 t	25,9	55,2	92,4	93,5	.
Raffinadekupfer	1 000 t	21,7	39,8	42,0	43,6	.
Blei	1 000 t	39,7	43,4	44,8	48,7	.
Zink	1 000 t	175	193	196	203	.
Personenkraftwagen	1 000	12,8	29,2	27,7	40,4	36,8
Lastkraftwagen	1 000	23,9	37,7	36,1	44,5	33,0 ^{d)}
Rundfunkempfangsgeräte	1 000	627	622	611	787	715 ^{d)}
Fernsehempfangsgeräte	1 000	171	412	496	560	499 ^{d)}
Schwefelsäure	1 000 t	685	1 140	1 212	1 320	1 129
Atznatron	1 000 t	167	238	265	295	234
Stickstoffhaltige Düngemittel	1 000 t	270	462	594	759	768 ^{d)}
Phosphate (P ₂ O ₅)	1 000 t	207	365	380	474	441 ^{d)}
Synthetischer Kautschuk	1 000 t	20,2	37,4	40,1	40,8	38,0
Reyonfäden	1 000 t	21,7	26,6	25,7	26,2	20,1
Reyonfasern	1 000 t	48,1	52,8	53,2	53,2	39,7
Schnittholz	1 000 cbm	6 548	6 923	6 905	.	.
Zeitungspapier	1 000 t	76,8	73,2	82,8	87,6	63,3

1) Einschl. Fischindustrie und Wasserwirtschaft; ohne Verlagswesen. - 2) Januar bis September. - 3) Einschl. Einpreßgas. - 4) Umgerechnet auf Siemens-Martin-Eisen.

a) Januar bis August 1969 = 153. - b) 1968 = 55,5 Mrd. kWh, Januar bis September 1969 = 43,4 Mrd. kWh. - c) 1968 = 11,591 Mill. kW. - d) Januar bis Oktober.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1966	1967	1968	1969 ¹⁾
Kunststoffe	1 000 t	55	132	161	199	175
Fahrzeugbereifungen	1 000	1 236	1 800	1 776	2 280	2 030
Baumwollgarn 2)	1 000 t	154	193	193	194	147
Wollgarn 2)	1 000 t	58,4	69,2	75,1	77,6	60,7
Baumwollgewebe ²⁾	Mill. m	667	845	824	835	637 ^{a)}
Reyongewebe 2)	Mill. m	103	104	114	118	60 ^{a)}
Weizenmehl	1 000 t	2 621	2 926	2 876	.	.
Roggenmehl	1 000 t	2 708	2 236	2 245	.	.
Zucker	1 000 t	1 365	1 530	1 677	1 580	.
Butter	1 000 t	95	118	119	124	24 ^{b)}
Bier	1 000 hl	6 732	8 296	8 957	9 461	1 944 ^{b)}
Zigaretten	Mrd. St	44,1	59,1	58,5	64,2	16,7 ^{b)}
		1960	1965	1966	1967	1968
Bau- und Wohnungswesen						
Bestand an Wohnungen JE	1 000	7 157	7 719	7 834	7 997	.
in Städten	1 000	3 602	4 048	4 133	4 260	.
in Landgemeinden	1 000	3 555	3 671	3 701	3 737	.
Fertiggestellte Hochbauten 3)	1 000	118,6	118,6	128,5	142,8	146,1
vergesellschafteter Bereich	Mill. cbm	76,2	93,3	103,9	113,1	127,9
privater Bereich	1 000	13,7	20,1	21,5	22,5	24,0
dar. Wohnbauten	Mill. cbm	44,0	55,0	60,9	61,8	72,7
vergesellschafteter Bereich	1 000	104,9	98,5	106,9	120,3	122,1
privater Bereich	Mill. cbm	32,2	38,3	43,0	51,4	55,2
dar. Wohnbauten	1 000	60,3	45,9	48,0	51,2	52,2
vergesellschafteter Bereich	Mill. cbm	39,2	41,1	42,6	46,6	48,9
privater Bereich	1 000	5,8	5,0	5,0	5,0	5,3
	Mill. cbm	20,7	23,7	24,1	26,1	27,2
	1 000	54,5	40,9	43,0	46,2	46,9
	Mill. cbm	18,6	17,4	18,5	20,5	21,6
Außenhandel - Nationale Statistik						
Einfuhr (cif)	Mill. US-\$	1 495	2 340	2 494	2 645	2 853
Ausfuhr (fob)	Mill. US-\$	1 326	2 228	2 272	2 527	2 858
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr-überschuß (+)	Mill. US-\$	- 169	- 112	- 222	- 118	+ 5
Einfuhr aus wichtigen Herstellungsländern						
EWG	Mill. US-\$	151	211	240	276	363
Bundesrepublik Deutschland	Mill. US-\$	71	87	68	101	122
Großbritannien und Nordirland	Mill. US-\$	89	96	160	178	175
Sowjetunion	Mill. US-\$	465	728	792	921	1 011
Deutsche Dem. Rep. und Berlin (Ost)	Mill. US-\$	186	271	280	292	296
Tschechoslowakei	Mill. US-\$	127	244	233	235	229
Ausfuhr nach wichtigen Verbrauchsändern						
EWG	Mill. US-\$	137	232	253	262	294
Bundesrepublik Deutschland	Mill. US-\$	75	113	122	116	128
Großbritannien und Nordirland	Mill. US-\$	99	127	145	148	147
Sowjetunion	Mill. US-\$	390	761	741	902	1 042
Tschechoslowakei	Mill. US-\$	113	208	178	203	246
Deutsche Dem. Rep. und Berlin (Ost)	Mill. US-\$	125	153	161	176	229
Ungarn	Mill. US-\$	46	86	92	113	110

1) Vgl. Fußnote 2), S. 22. - 2) Einschl. Mischgarn bzw. Mischgewebe. - 3) Neu- und Ausbau; cbm = umbauter Raum.

a) 1. Halbjahr. - b) 1. Vierteljahr.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Wichtige Einfuhrwaren bzw. -gruppen						
Weizen.	Mill. US-\$	109	81	95	97	75
Baumwolle	Mill. US-\$	93	101	109	92	111
Erdölerzeugnisse	Mill. US-\$	66	76	73	87	82
Eisenerze	Mill. US-\$	83	94	88	93	102
Hüttenerzeugnisse	Mill. US-\$	84	86	117	137	150
Pflanzl. und tierische						
Fette	Mill. US-\$	19	31	25	25	28
Chemische Düngemittel	Mill. US-\$	31	61	65	62	67
Erdöl, roh	Mill. US-\$	16	61	55	59	90
Wolle	Mill. US-\$	39	34	31	31	29
Tabak	Mill. US-\$	17	30	23	16	7
Tee, Kaffee, Kakao	Mill. US-\$	14	27	31	34	44
Wichtige Ausfuhrwaren bzw. -gruppen						
Steinkohle	Mill. US-\$	215	260	265	277	291
Hüttenerzeugnisse	Mill. US-\$	110	128	107	127	138
Fleisch und Fleischwaren	Mill. US-\$	83	157	144	154	145
Wasserfahrzeuge	Mill. US-\$	86	110	113	133	140
Eisenbahnwagen	Mill. US-\$	49	68	70	66	60
Zucker	Mill. US-\$	30	32	18	17	22
Koks	Mill. US-\$	55	55	51	52	53
Obst, Gemüse	Mill. US-\$	11	40	43	41	50
Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (Deutsche Statistik)						
Einfuhr (Polen als Herstellungsland)	1 000 US-\$	76 271	108 845	120 406	109 913	119 632 ^{a)}
Ausfuhr (Polen als Verbrauchsland)	1 000 US-\$	72 445	91 509	93 776	122 816	148 132 ^{a)}
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr-überschuß (+)	1 000 US-\$	- 3 826	- 17 336	- 26 630	+ 12 903	+ 28 500 ^{a)}
Wichtige Einfuhrwaren bzw. -gruppen						
Fleisch, frisch, gekühlt, gefroren (vorwiegend Gänse)	1 000 US-\$	8 071	12 182	13 487	11 519	12 041
Fleischzubereitungen (überw. von Rindern und Schweinen)	1 000 US-\$	5 878	10 058	13 948	13 486	13 341
Obstzubereitungen, -konserven	1 000 US-\$	1 100	4 200	3 860	5 561	4 350
Gemüse, Pflanzen, Knollen f. Ernährung	1 000 US-\$	1 819	9 021	9 709	7 590	4 764
Ölsaaten u. Ölfrüchte	1 000 US-\$	477	1 029	697	3 046	4 982
Holz, einfach bearbeitet	1 000 US-\$	4 831	9 005	7 914	5 836	5 612
Kohle, Koks u. Briquets	1 000 US-\$	6 189	5 142	4 476	4 826	6 069
Erdöldestillations-erzeugnisse	1 000 US-\$	2 784	4 302	3 461	5 973	6 277
Organ. chem. Erzeugnisse	1 000 US-\$	2 165	5 336	6 000	5 788	4 945
Eisen und Stahl	1 000 US-\$	218	1 377	2 621	2 999	5 995
Bekleidung	1 000 US-\$	-	961	1 279	1 825	4 800
Wichtige Ausfuhrwaren bzw. -gruppen						
Organ. chem. Erzeugnisse	1 000 US-\$	2 366	9 174	8 976	9 975	8 942
Anorgan. chem. Grundstoffe	1 000 US-\$	1 736	1 473	1 242	2 814	4 125
Chem. Düngemittel	1 000 US-\$	-	6 488	6 592	4 002	8 465
Kunststoffe, Kunstharze usw.	1 000 US-\$	4 059	3 600	3 759	5 905	5 125
Eisen und Stahl	1 000 US-\$	16 933	8 909	8 955	16 798	16 148
Metallwaren	1 000 US-\$	531	1 900	2 028	2 015	3 917
Nichtelektrische Maschinen	1 000 US-\$	18 828	22 958	20 370	32 305	45 191
Elektrische Maschinen, App., Geräte	1 000 US-\$	5 626	8 838	5 828	8 056	11 138
Kraftfahrzeuge	1 000 US-\$	566	1 186	1 292	2 914	2 725
Feinmech. und optische Erzeugnisse	1 000 US-\$	1 554	2 061	2 785	3 347	4 227

a) 1969 (vorläufige Zahlen): Einfuhr = 137,0 Mill. US-\$, Ausfuhr = 157,2 Mill. US-\$, Ausfuhrüberschuß = 20,2 Mill. US-\$.

Gegenstand der Nachweisung			Einheit	1960	1965	1967	1968	1969
Verkehr								
Eisenbahnverkehr¹⁾								
Streckenlänge	JA	km		27 017	26 898	26 739	26 638	26 640
Normalspur		km		23 272	23 365	23 283	23 216	23 218
elektrifiziert		km		826	1 826	2 568	2 900	3 206
Schmalspur		km		3 745	3 533	3 456	3 422	3 422
Personenkilometer		Mrd.		30,9	34,3	35,4	35,9	16,3 ^{a)}
Nettotonnenkilometer		Mrd.		66,5	81,0	88,5	92,6	46,9 ^{a)}
Straßenverkehr								
Straßenlänge ²⁾	JA	1 000 km		104,4	114,1	119,4	122,0	125,2
Staatsstraßen	JA	1 000 km		.	63,3	63,7	63,9	64,0
mit verbesserter fester Decke		1 000 km		34,5 ^{b)}	46,5	50,8	52,7	54,2
Gemeindestraßen	JA	1 000 km		.	50,9	55,7	58,2	61,2
mit verbesserter fester Decke		1 000 km		.	4,7	8,1	10,8	13,5
Bestand an Kraftfahrzeugen								
Personenkraftwagen	JA	1 000		104,6	211,2	289,4	331,9	355,4
Omnibusse	JA	1 000		.	.	25,6	27,4	.
Lastkraftwagen ³⁾	JA	1 000		107,2	173,5	196,8	210,3	224,0
Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner	JA	Anzahl		4	7	9	10	11
Staatliche Kraftverkehrsdienste								
Streckenlänge	JA	1 000 km		53,2	70,6	76,4	80,1	.
Beförderte Personen		Mill.		322	784	1 024	1 148	.
Beförderte Güter		Mill. t		41,0	60,3	71,3	82,5	.
Personenkilometer		Mrd.		7,3	17,2	22,1	24,7	.
Nettotonnenkilometer		Mill.		1 305,3	2 055,6	2 599,9	3 146,9	.
Städtischer Straßenbahn- und Omnibusverkehr								
Streckenlänge		km		925 ^{c)}	918	903	914	907
Straßenbahnen	JA	km		96 ^{c)}	118	120	117	113
Oberleitungsbusse	JA	km		4 033 ^{c)}	5 406	5 966	6 167	6 468
Kraftomnibusse	JA	km						
				1960	1965	1966	1967	1968
Fahrzeugbestand								
Straßenbahnen	JA	Anzahl		4 123 ^{c)}	4 321	4 350	4 379	.
Oberleitungsbusse	JA	Anzahl		255 ^{c)}	338	346	367	.
Kraftomnibusse	JA	Anzahl		2 971 ^{c)}	4 516	4 743	4 952	.
Rohrfernleitung								
Befördertes Rohöl	JA	km		-	670	670	670	670 ^{u)}
Beförderungsleistung		1 000 t		-	6 140	7 877	8 467	11 959
		Mrd. tkm		-	3,2	4,1	4,4	5,9
Binnenschifffahrt								
Länge der Wasserstraßen	JA	km		6 840	6 855	6 855	6 855	6 855
dar. schiffbar ⁴⁾		km		4 576	4 615	4 615	4 615	4 615
Bestand an Binnenschiffen								
Frachtschiffe mit eigener Triebkraft	JA	Anzahl		58 ^{c)}	183	211	250	291
	JA	1 000 t ⁵⁾		22 ^{c)}	81	94	112	131
Frachtschiffe mit fremder Triebkraft	JA	Anzahl		519 ^{c)}	637	716	737	742
	JA	1 000 t ⁵⁾		199 ^{c)}	242	274	278	276
Güterbeförderung								
Empfang		1 000 t		2 213 ^{e)}	4 560	5 841	6 145	.
Versand		1 000 t		2 312 ^{e)}	4 617	5 899	6 202	.
Internationaler Durchgangsverkehr		1 000 t		172 ^{e)}	202	206	206	.
Nettotonnenkilometer		Mill.		728 ^{e)}	1 323	1 651	1 750	.

1) Staatsbahnen. - 2) Nur Straßen mit fester Decke. - 3) Einschl. Möbelwagen. - 4) Ohne Flöberei. - 5) Tragfähigkeit.

a) Januar bis Juni. - b) Staats- und Gemeindestraßen. - c) JE. - d) JA 1969: 900 km. - e) 1961.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Passagierverkehr						
Beförderte Personen	1 000	2 698	6 470	7 050	8 045	8 990
Personenkilometer	Mill.	89,7	120,2	136,6	136,3	142,1
Seeschifffahrt						
Bestand an Handels- schiffen 1)	JM 1 000 BRT	619	1 040	1 109	1 210	1 342 ^{a)}
dar. Tanker	1 000 BRT	48	70	82	73	73
Verkehr über See mit dem Ausland						
angekommene Schiffe	Anzahl	10 477	11 867	11 342	10 934	11 750
verladene Güter ²⁾	1 000 NRT	10 967	12 982	12 899	12 925	14 578
gelöschte Güter ²⁾	Mill. t	11,0	15,0	15,7	17,9	21,7
	Mill. t	10,0	11,3	10,7	9,7	10,2
Verkehr in ausgewählten Häfen						
Danzig						
verladene Güter	Mill. t	3,3	4,2	4,3	5,3	6,4
gelöschte Güter	Mill. t	2,5	2,1	2,2	2,1	2,2
Gdingen						
verladene Güter	Mill. t	3,4	4,2	4,5	5,1	6,0
gelöschte Güter	Mill. t	3,4	4,3	4,1	3,6	3,6
Stettin						
verladene Güter	Mill. t	4,3	6,6	6,8	7,4	9,2
gelöschte Güter	Mill. t	4,1	4,8	4,5	4,0	4,4
Luftverkehr						
Fluggäste	1 000	176	368	494	697	774
Inlandsverkehr	1 000	110	215	285	450	529
Fracht (einschl. Post)	1 000 t	3,5	7,3	9,8	11,5	12,9
Inlandsverkehr ³⁾	1 000 t	1,1	2,5	2,9	3,6	.
Personenkilometer ³⁾	Mill.	100,8	229,2	309,6	420,0	451,2
Nettotonnenkilometer ³⁾	1 000	1 608	3 360	4 440	5 172	6 168
Nachrichtenverkehr						
Briefsendungen ⁴⁾	Mill.	921,7	1 184,8	1 269,5	1 349,7	1 419,9
Fernsprechanchlüsse	JA 1 000	812	1 193	1 294	1 411	1 530
Rundfunkteilnehmer ⁵⁾						
Hörfunk	JA 1 000	4 931	5 788	5 646	5 593	5 539
Fernsehen	JA 1 000	238	1 698	2 078	2 540	2 934
Fremdenverkehr						
Grenzankünfte einreisender Auslandsgäste 6)	1 000	184,0	1 162,9	1 280,1	1 573,4	1 983,4
nach ausgewählten Her- kunftsländern						
Deutsche Dem. Rep. und Berlin (Ost)	%	20,4	28,4	29,3	29,3	26,5
Bundesrepublik Deutschland	%	6,2	2,3	2,5	2,0	1,2
Sowjetunion	%	12,4	12,7	14,4	14,7	27,7
Tschechoslowakei	%	28,1	30,6	26,7	28,2	23,6
Ungarn	%	5,5	9,2	9,4	8,6	5,8
Jugoslawien	%	1,4	0,8	0,9	1,6	2,1
Bulgarien	%	1,4	1,1	1,3	1,4	1,7
Frankreich	%	5,1	2,9	3,1	2,4	1,7
Großbritannien und Nordirland	%	4,0	2,6	2,2	1,9	1,4
Vereinigte Staaten	%	5,9	1,7	1,7	1,4	1,0
Rumänien	%	0,7	0,5	0,7	0,9	1,0
Italien	%	0,6	0,8	0,8	0,7	0,5
nach Verkehrsmitteln						
Eisenbahn	%	.	35,9	38,5	.	.
Kraftfahrzeug	%	.	57,0	54,5	.	.
Flugzeug	%	.	5,4	5,7	.	.
Schiff	%	.	1,7	1,3	.	.

1) Schiffe mit 100 und mehr BRT. - 2) Einschl. Durchgangsverkehr und Bunkermaterial (außer 1960). - 3) Nur Linienverkehr der nationalen Gesellschaft einschl. der im Ausland befliegenen Strecken; tkm einschl. Post. - 4) Inlandsverkehr sowie Sendungen nach dem Ausland. - 5) Empfangsgenehmigungen. - 6) Ab 1965 einschl. Durchgangsverkehr. 1965: 411 900 und 1966: 449 500 Durchreisende.

a) JM 1969 = 1 536 400 BRT.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Hotels JA	Anzahl	485	523	533	529	531
Staatlich	Anzahl	370	396	399	393	396
Genossenschaftlich	Anzahl	38	43	45	47	57
Privat	Anzahl	77	84	89	89	78
Fremdenbetten in Hotels JA	Anzahl	24 907	30 240	31 856	31 749	32 214
Staatlich	Anzahl	23 191	28 238	29 555	28 727	29 070
Genossenschaftlich	Anzahl	610	950	1 149	1 924	2 053
Privat	Anzahl	1 106	1 052	1 152	1 098	1 091
		1960	1966	1967	1968	1969 ¹⁾

Geld und Kredit

Währung

Zloty (zł, Zł) = 100 Groszy (Gr, gr)

Kurs New Yorker

Notierung

JE

DM für 1 Zł

JE

US-\$ für 1 Zł

1,0542

1,0040

1,0040

1,0040

1,0040^{a)}

0,2510

0,2510

0,2510

0,2510

0,2510

Verbrauchergeldparität
des Zloty im Verhältnis
zur DM nach deutschem
Verbrauchsschema
100 Zł = ... DM

D

DM

14,02

15,37

15,28

15,27

15,57^{b)}

Bargeldumlauf (Noten und
Münzen)

JE

Mill. Zł

26 333

39 382

44 052

48 358

53 273

Bargeldumlauf je Ein-
wohner

JE

Zł

883

1 246

1 384

1 508

1 643

Spareinlagen

JE

Mill. Zł

19 295

58 752

71 960

86 689

100 081

Allgemeine Sparkasse²⁾

Mill. Zł

14 308

42 256

51 951

63 021

73 412

Spar- und Darlehns-
genossenschaften

Mill. Zł

1 898

9 100

11 392

13 831

15 314

Arbeiterunterstützungs-
und Darlehnskassen der
Gewerkschaften

Mill. Zł

2 883

6 944

8 081

9 373

10 690

Kassen der gegenseitigen
Hilfe der Arbeitergenossenschaften

Mill. Zł

206

452

536

562

665

Kreditgewährung³⁾

Mill. Zł

25 356

29 319

33 887

37 990

40 107

darunter:

an die Landbevölkerung

Mill. Zł

10 920

13 046

13 760

15 670

16 572

langfristig

Mill. Zł

2 517

2 986

3 532

3 910

4 103

mittelfristig

Mill. Zł

1 229

1 470

1 500

1 633

1 698

kurzfristig

Mill. Zł

7 174

8 590

8 728

10 127

10 771

an Wohnungsbaugenossen-
schaften

Mill. Zł

2 579

2 608

3 629

6 174

7 574

an Produktionsgenossen-
schaften

Mill. Zł

701

756

1 104

1 388

1 601

langfristig

Mill. Zł

226

311

460

656

781

kurzfristig

Mill. Zł

475

445

644

732

820

an das private Handwerk

Mill. Zł

344

516

605

732

764

langfristig

Mill. Zł

151

274

352

452

466

kurzfristig

Mill. Zł

193

242

253

280

298

1) 30. Juni. - 2) Sparbucheinlagen. - 3) Durch die Bank für Landwirtschaft, die Spar- und Darlehnsge-
sellschaften und die Molkereigenossenschaften.

a) Nach der DM-Aufwertung am 27. Oktober 1969: 0,9187 DM für 1 Zł. - b) September.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1965	1966	1967	1968
Öffentliche Finanzen						
Staatshaushalt ¹⁾						
Einnahmen	Mrd. Zl	209,5	300,0	323,3	326,7	329,7
darunter:						
Umsatzsteuer ²⁾	Mrd. Zl	145,9 ^{a)}	142,4	157,1	171,8	191,8
Gewinnabführungen ²⁾³⁾	Mrd. Zl		68,0	59,4	53,5	56,9
Steuern und Abgaben von der privaten Wirtschaft	Mrd. Zl	9,0	10,0	10,0	10,3	10,7
Steuern und Abgaben von der Bevölkerung	Mrd. Zl	14,0	19,7	21,9	25,2	21,4
Anleihen und Anlagen	Mrd. Zl	10,4	11,3	14,5	3,8	4,5
Sozialversicherungsbeiträge	Mrd. Zl	22,6	32,1	35,0	38,4	18,7
Ausgaben	Mrd. Zl	200,1	288,9	318,3	322,0	326,2
Wirtschaftsaufwendungen	Mrd. Zl	112,7	160,3	179,4	175,6	186,7
Soziale und kulturelle Aufwendungen	Mrd. Zl	57,4	83,4	92,3	98,6	83,1
Bildung, Wissenschaft und Kultur	Mrd. Zl	19,7	30,1	34,7	36,3	38,4
Gesundheitsschutz, Sozialfürsorge und Körpererziehung	Mrd. Zl	15,7	22,5	25,2	27,5	29,8
Sozialversicherung	Mrd. Zl	22,1	30,8	32,5	34,8	14,9
Verteidigung	Mrd. Zl	14,9	23,3	25,2	26,4	30,0
Verwaltung	Mrd. Zl	12,3	14,7	14,5	15,9	16,7
Anleihen und Anlagen	Mrd. Zl	2,7	7,3	6,9	5,4	9,6
Reserven	Mrd. Zl	0,1	0,0	0,0	0,0	-
Mehreinnahmen (+), -ausgaben (-)	Mrd. Zl	+ 9,4	+ 11,1	+ 5,0	+ 4,7	+ 3,5
Haushalte nach Gebietskörperschaften ¹⁾						
Einnahmen						
Staatshaushalt	Mrd. Zl	209,5	300,0	323,3	326,7	329,7
Zentralhaushalt	Mrd. Zl	183,1	259,7	285,8	287,9	288,9
Örtliche Haushalte ⁴⁾	Mrd. Zl	26,4	40,3	37,5	38,8	40,8
Ausgaben						
Staatshaushalt	Mrd. Zl	200,1	288,9	318,3	322,0	326,4
Zentralhaushalt	Mrd. Zl	147,4	209,6	233,7	235,2	236,1
Örtliche Haushalte	Mrd. Zl	52,7	79,2	84,5	86,8	90,3
		1960	1964	1966	1967	1968
Preise und Löhne						
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung ⁵⁾	1965 = 100	94,0	99,2	101,2	102,7	104,3
Alle Waren	1965 = 100	94,7	99,3	100,2	101,5	102,8
Nahrungsmittel	1965 = 100	93,7	98,7	99,1	100,3	103,0
im Einzelhandel	1965 = 100	94,0	99,3	99,7	100,2	102,7
auf Märkten	1965 = 100	98,6	96,1	95,3	99,9	102,9
in der Gastronomie	1965 = 100	86,1	97,8	100,0	101,6	105,1
Fertigwaren	1965 = 100	95,5	99,9	101,4	102,6	102,7
Konsumgüter	1965 = 100	.	.	101,3	102,7	102,7
Dienstleistungen	1965 = 100	89,9	97,9	108,1	111,2	114,2
		1960	1966	1967	1968	1969 ⁶⁾
Durchschnittliche Einzelhandelspreise ausgewählter Waren in der vergesellschafteten Wirtschaft ⁵⁾⁷⁾						
Rindfleisch, mit Knochen	Zl/kg	26,00	26,00	30,00	30,00	30,00
Schweinefleisch, Lende	Zl/kg	44,00	44,00	56,00	56,00	.

1) Zentraler Haushalt und Gebietshaushalte. Ohne Ausgleichsmittel und Verrechnung der Gebietshaushalte mit dem Zentralhaushalt und zwischen den Gebietshaushalten (außer 1960). - 2) Einschl. Dienstleistungsabgaben vergesellschafteter Betriebe. - 3) Einschl. Einkommensteuer der Finanzinstitutionen und Genossenschaften. - 4) Eigene Einnahmen. - 5) Landesmittel aus 350 Städten. - 6) März. - 7) 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

a) Einnahmen aus dem sozialistischen Sektor.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1966	1967	1968	1969 ¹⁾
Huhn, ausgenommen, Klasse 1	Zl/kg	47,00	47,00	50,00	50,00	50,00
Gans, ausgenommen, Klasse 1	Zl/kg	.	35,00	38,00	38,00	38,00
Speck, frisch	Zl/kg	35,00	33,00	36,00	36,00	36,00
Karpfen (0,5 - 1 kg)	Zl/kg	20,00	27,00	27,00	27,00 ^{a)}	.
Eier, frisch	Zl/St	2,30	2,60	2,70	2,70	2,23
Milch, lose	Zl/l	2,50	2,70	2,70	2,70	2,70
Käse, Tilsiter	Zl/kg	35,00	42,00	42,00	42,00	.
Butter	Zl/kg	70,00	70,00	70,00	70,00	70,00
Roggenbrot	Zl/kg	3,00	3,00	3,00	.	.
Mischbrot 2)	Zl/kg	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Weizenmehl	Zl/kg	6,70	6,70	6,70	6,70	.
Erbsen, gelb	Zl/kg	10,42	12,44	12,60	12,80	12,72
Bohnen, weiß	Zl/kg	11,63	20,83	20,68	20,70	20,77
Kartoffeln	Zl/kg	1,45	1,67	1,82	1,79	2,11
Mohrrüben	Zl/kg	4,51	2,07	3,20	2,15	2,34
Zwiebeln	Zl/kg	4,82	5,39	6,75	5,55	5,30
Weißkohl	Zl/kg	2,10	1,96	2,45	3,01	2,11
Zucker, Kristall-	Zl/kg	12,00	12,00	10,50	10,50	.
Schokolade	Zl/100 g	19,00	19,00	19,00	19,00	.
Kochsalz	Zl/kg	1,20	1,20	1,20	1,20	.
Bohnenkaffee, geröstet	Zl/kg	220	220	220	220	.
Tee	Zl/50 g	7,00	7,00	7,00	7,00	.
Flaschenbier, 4,5 %	Zl/l	4,00	4,80	4,80	4,80	.
Herrenanzugstoff, 100 % Kammgarn	Zl/m	480	480	480	480	.
Damenkleiderstoff, 100 % Wolle	Zl/m	225	225	225	225	.
Seide, Rips, 2-farbig	Zl/m	60	60	60	60	.
Herrenanzug, 100 % Kammgarn	Zl/St	1 890	1 890	1 890	1 890	.
Herrenoberhemd, Popeline	Zl/St	194	194	194	194	.
Damenstrümpfe	Zl/Paar	45	33	33	33	.
Herrensocken, Baumwolle	Zl/Paar	18,50	18,50	18,50	18,50	.
Herrenhalbschuhe, mit Ledersohle	Zl/Paar	370	370	370	370	.
Damenschuhe, mit Gummi- sohle	Zl/Paar	230	230	230	230	.
Nähmaschine ³⁾	Zl/St	2 750	2 615	2 615	2 615	.
Staubsauger	Zl/St	950	950	950	1 150	.
Kühlschrank, Absorber 40l	Zl/St	3 000	3 000	3 000	3 200	.
Herrenfahrrad	Zl/St	990	990	990	990	.
Motorrad, 125 ccm "WFM"	Zl/St	7 000	7 000	7 040 ^{b)}	8 000	.
Zigaretten	Zl/20 St	3,00-4,60	3,50-6,40	3,50-6,40	3,50-6,00 ^{a)}	.
Steinkohle, Klasse 1	Zl/t	250	500	500	500	.
Ziegelsteine (Mauer-), 2. Qualität	Zl/1 000 St	1 050	1 240	1 240	1 240	.
Zement, Portland "250"	Zl/t	576	460 ^{c)}	576	576	.
Fensterglas 2 mm, 2. Qualität	Zl/qm	28,80	28,80	28,80	28,80	.
Elektrischer Strom	Zl/kwh	0,39	0,90	0,90	0,90	.
Gas	Zl/cbm	0,50	0,90	0,90	0,90	.
Seife, Wasch-	Zl/kg	13	13	13	13	.
Seife, Toiletten-, "Lux"	Zl/100 g	3,85	3,85	3,85	.	.
Durchschnittliche Marktpreise ausgewählter Waren						
Bier, frisch	Zl/St	1,80	1,91	1,96	2,04	2,05
Vollmilch	Zl/l	3,03	3,39	3,43	3,47	3,50
Butter, (Land-)	Zl/kg	55,85	57,97	58,29	58,69	62,35
Schweinefleisch, mit Knochen	Zl/kg	34,69	38,31	39,09	41,35	42,23
Rindfleisch, mit Knochen	Zl/kg	29,24	31,99	31,96	33,17	34,22
Kalbfleisch, mit Knochen	Zl/kg	.	38,93	38,01	41,71	43,36
Huhn, lebend (1,5-2 kg)	Zl/St	47,66	52,81	52,93	59,70	54,25
Gans, lebend (3 - 4 kg)	Zl/St	.	108,69	105,68	106,21	105,70
Ente, lebend (1,5-2 kg)	Zl/St	.	55,42	55,62	56,63	57,09
Zwiebeln	Zl/kg	4,66	4,94	6,35	5,46	5,32
Mohrrüben	Zl/kg	3,46	2,65	3,27	3,16	3,41
Kartoffeln	Zl/kg	1,31	1,36	1,47	1,49	1,59
Tafeläpfel	Zl/kg	5,71	6,36	9,31	8,00	7,16

1) März. - 2) Roggen-Weizen-Mischbrot mit 72 % Weizenanteil. - 3) Mit Fußantrieb.
a) Oktober. - b) Marke "WSK" Typ M06-B1. Grundpreis: 8 000 Zl. - c) Saisonbedingt.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1961	1965	1966	1967	1968
Löhne						
Durchschnittliche Brutto- monatslöhne für Arbeit- nehmer 1)2)	Zl	1 750	2 013	2 095	2 195	2 296
Landwirtschaft	Zl	1 398	1 632	1 721	1 808	1 895
Forstwirtschaft	Zl	1 238	1 471	1 506	1 576	1 637
Industrie	Zl	1 919	2 194	2 267	2 355	2 456
Bauwirtschaft	Zl	2 045	2 378	2 486	2 630	2 753
Handel	Zl	1 485	1 728	1 813	1 928	1 988
Transport und Verkehr	Zl	1 697	2 023	2 066	2 154	2 342
Wohnungsbau und Kom- munalwirtschaft	Zl	1 642	1 834	1 904	2 039	2 189
Erziehung, Wissenschaft und Kultur	Zl	1 555	1 780	1 929	1 984	2 029
Gesundheitswesen und Körperkultur	Zl	1 344	1 543	1 586	1 713	1 756
Allgemeine Verwaltung und Justiz	Zl	1 647	1 965	2 082	2 225	2 293
Finanz- und Versiche- rungswesen	Zl	1 603	1 833	1 983	2 205	2 311
		1960	1963	1964	1965	1966
Durchschnittliche Brutto- monatsverdienste für Arbeitnehmer in der ver- arbeitenden Industrie 1)3)						
Nahrungsmittelindustrie	Zl	1 495	1 652	1 691	1 732	1 780
Getränkeindustrie	Zl	1 202	1 409	1 460	1 491	1 521
Tabakindustrie	Zl	1 439	1 612	1 642	1 661	1 716
Textilindustrie	Zl	1 460	1 594	1 629	1 672	1 707
Bekleidungsindustrie	Zl	1 272	1 463	1 522	1 564	1 613
Holzindustrie	Zl	1 374	1 536	1 620	1 651	1 696
Möbelindustrie	Zl	1 585	1 818	1 819	1 866	1 915
Papierindustrie	Zl	1 487	1 622	1 650	1 697	1 781
Druck- und Vervielfäl- tigungsgewerbe, Ver- lagswesen	Zl	1 760	1 813	1 815	1 848	1 963
Lederindustrie	Zl	1 667	1 822	1 851	1 878	1 940
Gummiverarbeitung	Zl	1 611	1 742	1 787	1 838	1 936
Chemische Industrie	Zl	1 651	1 805	1 856	1 943	2 050
Verarbeitung von Mineral- öl und Kohle	Zl	2 031	2 243	2 219	2 289	2 411
Verarbeitung von Steinen und Erden	Zl	1 592	1 793	1 843	1 885	1 952
Eisenschaffende Industrie	Zl	2 228	2 488	2 542	2 641	2 789
EBM-waren-Industrie	Zl	1 736	1 948	1 963	2 011	2 082
Maschinenbau	Zl	1 894	2 099	2 134	2 178	2 233
Elektrotechnische Indu- strie	Zl	1 679	1 891	1 910	1 941	2 034
Fahrzeugbau	Zl	1 942	2 163	2 181	2 231	2 308
Sonstige verarbeitende Industrien	Zl	1 654	1 837	1 727	1 930	1 980
Durchschnittlich geleis- tete Tagesarbeitsstunden der Arbeitnehmer in der verarbeitenden Indu- strie 1)4)	Std	.	7,92	7,87	7,90	7,86 ^{a)}
		1964	1965	1966	1967	1968
Sozialprodukt						
Netto-Materialprodukt						
in jeweiligen Preisen						
insgesamt	Mrd. Zl	497,0	531,3	567,2	605,6	665,4
je Einwohner	Zl	15 949	16 869	17 894	18 958	20 660
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
insgesamt	%	+ 8,0	+ 6,9	+ 6,8	+ 6,8	+ 9,9
je Einwohner	%	+ 6,4	+ 5,8	+ 6,1	+ 5,9	+ 9,0

1) Staats- und Genossenschaftsbetriebe. - 2) Ohne Heimarbeiter und ohne Lehrlinge. - 3) Nur vollbeschäftigte Arbeitnehmer. - 4) Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

a) 1967: 7,90 Std.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1964	1965	1966	1967	1968
in Preisen von 1965						
insgesamt	Mrd. Zl	.	532	570	603	655
je Einwohner	Zl	.	16 891	17 982	18 877	20 337
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
insgesamt	%	.	.	+ 7,1	+ 5,8	+ 8,6
je Einwohner	%	.	.	+ 6,5	+ 5,0	+ 7,7
Verwendung des Netto-Materialprodukts	Mrd. Zl	497,0	531,3	567,2	605,6	665,4
davon:						
Individueller Verbrauch	%	64,7	64,5	64,0	63,7	62,5
Kollektiver Verbrauch	%	8,7	9,1	9,3	9,7	9,6
Netto-Anlageinvestitionen	%	16,8	17,5	18,2	19,1	19,5
Vorratsveränderung	%	7,2	8,3	8,3	6,1	6,7
Saldo der Aus- und Einfuhr von Waren und produktiven Dienstleistungen	%	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,7

W i r t s c h a f t s p l a n u n g

Die wirtschaftliche Entwicklung erfolgt seit 1947 im Rahmen der nach sowjetischem Vorbild eingeführten Zentralverwaltungs- und Planwirtschaft. Im Unterschied zu den meisten anderen sozialistisch-kommunistischen Ländern wurden nicht alle Produktionsbereiche in gleichem Maß von der Sozialisierung erfaßt; so besteht im gewerblichen, vor allem aber im agrarischen Bereich noch ein privater Wirtschaftssektor. Oberste Planungsinstanzen sind die Organe der Staatsverwaltung (Sejm, Ministerrat und Plankommission). Mittlere Planungsbehörden sind die Industrieministerien und -vereinigungen. Auf der unteren Ebene sind die Unternehmen für die Aufstellung und Durchführung der Pläne verantwortlich.

Ein erster Dreijahresplan (1947 bis 1949) sollte den Wiederaufbau der Wirtschaft weiterführen und den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung erhöhen. Dabei erhielt der Aufbau von Investitionsgüterindustrien Vorrang. Im Sechsjahresplan (1950 bis 1955) war der "Umbau zur sozialistischen Wirtschaft" vorgesehen. Der Aufbau der Schwerindustrie wurde unter Vernachlässigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung beschleunigt und die Kollektivierung der Landwirtschaft verstärkt. Die Verwirklichung der Planziele scheiterte jedoch an der unzureichenden landwirtschaftlichen Produktion; Polen wurde aus einem Agrarüberschuß zu einem Agrarimportland. Die Disproportionen in der Wirtschaft machten im März 1954 eine Planrevision notwendig. Der Landwirtschaft wurden größere Investitionsmittel zur Verfügung gestellt, die zwangsweise Kollektivierung aufgegeben. Die nach der Revision des Sechsjahresplanes herabgesetzte Produktionskapazität minderte das Tempo der weiteren industriellen Expansion (im folgenden Fünfjahresplan 1956 bis 1960) und gefährdete die Rückzahlung früherer sowjetischer Kredite. Die Versuche der Regierung, durch Lohnmanipulationen einen stärkeren Konsumverzicht der Bevölkerung zu erreichen und erhöhte Arbeitsnormen durchzusetzen, führten im Oktober 1956 zu Unruhen und lösten die anschließenden Reformen aus.

Am 15. November 1956 wurde die "Staatliche Kommission für die Wirtschaftsplanung", die mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet war, abgeschafft u. eine "Plankommission beim Ministerrat" mit beratenden Funktionen eingerichtet. Der staatliche Leitungsapparat wurde dezentralisiert. Bei den Volksräten der Woiwodschaften und Kreise wurden Plankommissionen gegründet. Sie sind für die Förderung der Landwirtschaft, der örtlichen Industrie, des Handwerks sowie des Binnenhandels zuständig und können Jahres- und Mehrjahrespläne selbst aufstellen. Dabei muß allerdings die Übereinstimmung mit den zentralen Richtlinien gewahrt bleiben, die ihrerseits immer stärker mit den staatlichen Wirtschaftsplanen der Sowjetunion und der übrigen RGW-Länder verflochten sind.

Mit dem Wirtschaftsplan für die Jahre 1961 bis 1965 wurde die erste Phase eines zwanzigjährigen Perspektivprogramms (1961 bis 1980) eingeleitet, in dessen Verlauf die Industrieproduktion um das Vierfache erhöht werden soll. Seit Mitte 1965 erfolgten Umstellungen, deren Schwergewicht auf Verwaltungsreformen in der Industrie lag. Die bisher einjährigen Volkswirtschaftspläne wurden auf Zweijahresperioden umgestellt, die eine bessere Kontinuität des Wirtschaftsablaufs sichern. Es wurden Planreserven für alle wirtschaftlichen Daten eingeführt, um das Planungssystem unerwarteten Änderungen gegenüber flexibler zu halten. Den einzelnen Industrievereinigungen wurden schrittweise wesentliche Entscheidungsbefugnisse und Finanzmittel übertragen, wobei allerdings die letzte Entscheidung und die Möglichkeit zu koordinierenden Eingriffen den zentralen Planbehörden vorbehalten bleibt. Die Plan-kennziffern wurden vereinfacht und teilweise neu formuliert, um den Rentabilitätsgrad der Betriebe sicherer erfassen zu können.

Hauptziele des dritten Fünfjahresplans (1966 bis 1970) sind eine Steigerung des Sozialprodukts um über 30 % und die Erhöhung des Anteils der Industrie auf 56 %. Die Gesamtinvestitionen sollen 840 Mrd. Zl erreichen, davon 816 Mrd. für die einzelnen Ausgabenbereiche und 24 Mrd. als Reserve. Der sozialistische Sektor (Staat und Genossenschaften) erhält mit 759 Mrd. Zl den höchsten Betrag. Die Gesamtaufwendungen des Plans verteilen sich auf die einzelnen Bereiche wie folgt:

	<u>Mrd. Zl</u>	<u>%</u>
Gesundheitsvorsorge und Sozialversicherung	12,4	1,5
Erziehung und Bildung	30,5	3,7
Landwirtschaft	147,9	18,1
Industrie	343,6	42,1
Wohnungsbau	115,7	14,2
Verkehrswesen	85,5	10,5
Sonstige Bereiche	23,4	9,9
	<u>759,0</u>	<u>100</u>

Der laufende Fünfjahresplan sieht insgesamt eine Erhöhung der Industrieproduktion um 43,6 % vor, wobei die Investitionsgüterindustrie ("Abteilung A") um 11,2 % schneller wachsen soll als die Konsumgüterindustrie ("Abteilung B"). Für die verschiedenen Bereiche sind folgende Steigerungsraten vorgesehen:

Industrielle Grundstoffe und Investitionsgüter	+ 47,7 %
Industrielle Verbrauchsgüter	+ 36,5 %
Landwirtschaftliche Erzeugung	+ 14,6 %
Außenhandelsumsatz	+ 31,0 %
Investitionen insgesamt	+ 37,6 %
Beschäftigte im sozialistischen Sektor	+ 17,2 %
Volkseinkommen	+ 34,0 %
Privater Verbrauch insgesamt	+ 27,0 %
Privater Verbrauch je Einwohner	+ 20,0 %

Folgende Industrien sollen vorrangig gefördert werden: Chemie (Produktionssteigerung 80 %), Elektrotechnik (68 %), Maschinenbau (60 %), Exportproduktion im Maschinenbau (92 %), Aluminiumerzeugung (mehr als 100 %), Schwefel- und Kupfererzeugung (75 %). Die Investitionen sollen künftig auf Projekte mit größerem Nutzeffekt und örtlich konzentriert werden, dabei soll der Errichtung von Industriekombinaten größere Bedeutung zukommen.

Der nächste Fünfjahresplan für die Zeit von 1971 bis 1975 wird gegenwärtig vorbereitet. Noch stärker als bisher wird dabei eine selektive Schwerpunktförderung für bestimmte Wirtschaftsbereiche angestrebt, die künftig besonders wichtig sind bzw. im Außenhandel oder in der Spezialisierung und Kooperation (entsprechend der RGW-Arbeitsteilung, aber auch mit Vertragspartnern im westlichen Ausland) berücksichtigt werden müssen. Hierher gehören u. a. bestimmte Zweige des Maschinenbaus (Elektronik, Werkzeugmaschinen), die Chemie (Kunstfasern, Kunststoffe), aber auch die Bauwirtschaft und die Landwirtschaft einschließlich der Nahrungsmittelindustrie.

Wichtige Einzelvorhaben:

Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Strukturverbesserungen und verstärkte Mechanisierung;

Bau des mit Steinkohle beheizten Kraftwerkes "Dolna Odra" bei Greifenhagen zur Stromversorgung der nördlichen Woiwodschaften; Errichtung des Wasserkraftwerkes "Porabka Zar" mit einer Leistung von 500 MW in der Woiwodschaft Krakau;

Errichtung von zwei weiteren Erdölraffinerien mit einer jährlichen Verarbeitungskapazität von 6 Mill.t in der Nähe von Danzig und im Raum Krakau;

Ausbau und Modernisierung der oberschlesischen Hüttenwerke für die Rohstahlerzeugung;

Weitere Erschließung des niederschlesischen Kupfererzbeckens; Bau einer Kupferhütte in Herrndorf bei Glogau; Ausbau der Kupferhütte von Liegnitz; Bau eines Walzwerkes für Bleche aus Aluminium und Leichtmetall-Legierungen bei Konin;

Vorrangiger Ausbau des Maschinen-, besonders des Werkzeugmaschinenbaues, dessen Produktion verdoppelt werden soll; Ausbau der elektrotechnischen und der chemischen Industrie; Erweiterung der Kapazitäten der Kunststoffanlagen bei Auschwitz, Tarnów und Plock; Steigerung des Schiffbaus auf den Werften von Danzig, Gdingen und Stettin;

Errichtung von 975 000 Wohnungen;

Modernisierung und Ausbau der polnischen Staatsbahnen (Schwerpunkt: Ausbau des Streckennetzes in Schlesien und die weitere Elektrifizierung von Hauptstrecken);

Bau von Autobahnen für wichtige Fernverbindungen. Das erste Teilstück soll von Krakau nach Brieg (Schlesien) führen und dort an die bereits bestehende Autobahn Breslau - Berlin angeschlossen werden. Weitere Strecken sollen von Warschau - Radom nach Krakau und von Warschau - Lodz nach Posen führen;

Anlage eines neuen Hafens für Massengüter in Swinemünde, das als Vorhafen von Stettin künftig wichtiger wird; Ausbau der übrigen größeren Seehäfen bis 1980.

B i l a t e r a l e A b k o m m e n mit der Bundesrepublik Deutschland

Handelsabkommen vom 8. 7. 1949
- in Kraft seit dem 1. 7. 1949
- Verlängerung um jeweils ein Jahr
- Kündigungsfrist drei Monate

Protokoll vom 16. 11. 1956
- in Kraft seit dem 1. 7. 1956

Protokoll über die Ergebnisse der Verhandlungen über den Handels- und Seeschiffsverkehr vom 7. 3. 1963
- gültig vom 1. 1. 1963 bis zum 31. 12. 1966
- Verlängerung um jeweils ein Kalenderjahr
- Kündigungsfrist drei Monate

2. Zusatzprotokoll vom 10. 5. 1966 über Verlängerung der Gültigkeit des Protokolls vom 7. 3. 1963 bis zum 31. 12. 1969, danach
- Laufzeit nicht begrenzt
- Kündigungsfrist drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres
- Warenlisten gültig für ein Jahr, rückwirkend ab 1. 1. 1966

3. Protokoll über die Errichtung einer Handelsvertretung vom 7. 3. 1963 mit Warenlisten
- unterzeichnet am 15. 12. 1967
- gültig ab 1. 1. 1968 jeweils für ein Jahr
- mit Unterzeichnung in Kraft getreten

4. Zusatzprotokoll vom 15. 11. 1968 zum Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr vom 7. 3. 1963 mit Warenlisten
- gültig ab 1. 1. 1969 für jeweils ein Jahr

Verwaltungsvereinbarung über den grenzüberschreitenden Straßen-güter- und Personenverkehr
- unterzeichnet am 11. 9. 1969.

Q u e l l e n h i n w e i s e *)

<u>Herausgeber oder Verfasser</u>	<u>Titel</u>
Główny Urząd Statystyczny Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, Warszawa	Rocznik statystyczny 1969 Biuletyn statystyczny Bibliografia wydawnictw głównego urzędu statystycznego 1918 - 1968 [Bibliographie der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik ...] Rocznik demograficzny 1967 - 1968 [Demographisches Jahrbuch] Rocznik statystyczny ochrony zdrowia 1945 - 1967 [Gesundheitswesen] Szkolnictwa 1944/45 - 1966/67 [Schulwesen] Rocznik statystyczny leśnictwa 1945 - 1967 [Forstwesen] Rocznik statystyczny przemysłu 1967 [Industrie] Rocznik statystyczny gospodarki mieszkaniowej i komunalnej 1965 [Wohnungs- und Kommunalwirtschaft] Rocznik statystyczny handlu zagranicznego 1968 [Außenhandel] Rocznik statystyczny transportu 1945 - 1966 Statystyka turystyki 1950 - 1966 Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 1969 Morski rocznik statystyczny 1968 [Maritime statistical yearbook] Polska atlas geograficzny, 1966 Polen. Geschichte, Wirtschaft, Kultur. Warschau, 1966
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volksrepublik Polen, Warszawa	
Instytutu Morskiego, Gdańsk	
Państwowe Przedsiębiorstwo Wydawnictw Kartograficznych, Warszawa	
Bielecki, F. [u. a.]	

*) Nur nationale Quellen; im übrigen wird auf die sonstigen auslandsstatistischen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sowie das internationale statistische Quellenmaterial verwiesen.